

**Jahresabschluss (HGB) der
Landwirtschaftlichen Rentenbank
zum 31.12.2015**



Inhaltsverzeichnis

Zusammengefasster Lagebericht.....	1
Jahresbilanz	66
Gewinn- und Verlustrechnung	68
Anhang für das Geschäftsjahr 2015.....	70
Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats	86
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	89
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	90
Bericht des Verwaltungsrats	91

Zusammengefasster Lagebericht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	- 4 -
Grundlagen des Konzerns.....	- 4 -
Konzernstruktur.....	- 4 -
Förderauftrag	- 4 -
Steuerungssystem	- 5 -
Wirtschaftsbericht	- 7 -
Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen.....	- 7 -
Geschäftsverlauf	- 8 -
Lage.....	- 10 -
Ertragslage.....	- 10 -
Finanzlage.....	- 18 -
Vermögenslage.....	- 22 -
Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren	- 23 -
Nachtragsbericht	- 24 -
Prognose- und Chancenbericht.....	- 24 -
Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen	- 24 -
Prognose der Geschäftsentwicklung.....	- 26 -
Chancen und Risiken	- 27 -
Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr	- 29 -
Risikobericht	- 29 -
Organisation des Risikomanagements.....	- 29 -
Adressenausfallrisiken	- 32 -

Marktpreisrisiken	- 44 -
Liquiditätsrisiken.....	- 51 -
Operationelle Risiken.....	- 54 -
Regulierungs- und Reputationsrisiken	- 57 -
Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“	- 58 -
Risikodeckungspotenzial.....	- 58 -
Risikoszenarien	- 59 -
Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“	- 62 -
Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung	- 63 -
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten.....	- 63 -
Rechnungslegungsprozess.....	- 63 -

Vorwort

Der zusammengefasste Lagebericht besteht aus dem Konzernlagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Konzern nach IFRS) und dem Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank nach HGB). Die Rentenbank hat als Mutterunternehmen des Rentenbank-Konzerns den Lagebericht nach § 298 Handelsgesetzbuch (HGB) gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB mit dem Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 i. V. m. § 315 HGB zusammengefasst. Der zusammengefasste Lagebericht enthält Anhangsangaben entsprechend IFRS 7.

Der Unterschied zwischen Konzern und Rentenbank ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung der konsolidierten Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, gering. Die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht gelten daher grundsätzlich sowohl für den Konzern als auch für die Rentenbank. In der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind die spezifischen Angaben zur Rentenbank auf Basis der HGB-Rechnungslegung jeweils am Ende des entsprechenden Abschnitts dargestellt.

Grundlagen des Konzerns

Konzernstruktur

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Zum Konzern gehören neben der Rentenbank drei Tochtergesellschaften: LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV) und Getreide-Import Gesellschaft mbH (GIG). Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für die LRB hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

Förderauftrag

Abgeleitet aus dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank hat der Konzern den staatlichen Auftrag, die Landwirtschaft sowie den ländlichen Raum zu fördern. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf diesen Förderauftrag ausgerichtet. Die durch Gesetz und Satzung der Rentenbank vorgegebenen Rahmenbedingungen prägen im Wesentlichen die Risikostruktur des Konzerns.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank zweckgebundene Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Die Bank vergibt im Rahmen der Programmkredite Refinanzierungsdarlehen wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur bzw. der Fischwirtschaft. Die Rentenbank refinanziert ebenso Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Steuerungssystem

Die Rentenbank verfolgt im Rahmen der Geschäftsstrategie folgende Ziele:

- Optimale Umsetzung des Förderauftrags und kontinuierliche Weiterentwicklung des Fördergeschäfts,
- Erbringung der Förderleistung aus eigenen Mitteln,
- Erzielung eines angemessenen Betriebsergebnisses,
- geringe Risikotoleranz.

Die ersten drei Ziele werden mittels Leistungsindikatoren operationalisiert. Die Indikatoren werden in diesem Abschnitt unten näher definiert. Über Zielgrößen sowie Zielerreichung informiert der Prognosebericht sowie der Abschnitt zur Ertragslage. Die geringe Risikotoleranz spiegelt sich im Risikoappetit (Risk Appetite Framework) und den damit verbundenen konservativ festgelegten Limiten wider, die im Risikobericht beschrieben sind.

Segmente

Die strategischen Ziele werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in:

- Fördergeschäft

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, das verbrieftes Fördergeschäft sowie die langfristige Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Geschäftspartner im Fördergeschäft sind nahezu ausschließlich Banken und öffentliche Stellen. Das verbrieftes Fördergeschäft umfasst Engagements in Wertpapiere vor allem mit dem Ziel, die Liquidität der Bank zu sichern. Es dient damit insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

- Kapitalstockanlage

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen. Investiert wird im Wesentlichen in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sowie Namenspapiere von Banken und öffentlichen Emittenten.

- Treasury Management

Im Segment „Treasury Management“ werden die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsänderungsrisiko gesteuert.

Leistungsindikatoren

Die verwendeten wesentlichen Kennzahlen für die Messung des strategischen Zielerreichungsgrads im Rahmen des Steuerungssystems sind die finanziellen Leistungsindikatoren. Weitere, nicht-finanzielle Leistungsindikatoren ergänzen das Steuerungssystem.

Die finanziellen Leistungsindikatoren spiegeln die operative Geschäftstätigkeit auf Grundlage der HGB-Rechnungslegung wider. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen:

- Operatives Ergebnis (Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung)

Die Tätigkeit der Rentenbank ist nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet, berücksichtigt aber betriebswirtschaftliche Grundsätze. Dies schließt ertragsorientiertes Handeln zur langfristigen Sicherung der Förderfähigkeit im Konzern ein. Mit dem Operativen Ergebnis wird vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen mittels Thesaurierung die Kapitalbasis gestärkt. Ertragsorientiertes Handeln und stabile Erträge sind außerdem Voraussetzungen dafür, dass ohne öffentliche Zuschüsse gefördert werden kann. Die Rentenbank nutzt dabei ihre hohe Bonität als staatliches Förderinstitut, kombiniert mit einer entsprechenden Kapitalmarktstrategie, um sich günstig zu refinanzieren. Die Fördertätigkeit profitiert darüber hinaus auch von den Erträgen aus dem verbrieften Fördergeschäft und dem allgemeinen Förderkreditgeschäft sowie von der hohen Kosteneffizienz der Prozesse innerhalb des Konzerns.

- Cost Income Ratio

Die Cost Income Ratio betrachtet als Leistungsindikator für die Kosten-/Ertragsrelation den effizienten Umgang mit den Ressourcen der Bank. Dieser Leistungsindikator wird sowohl durch Veränderungen des Aufwands (Zähler) als auch des Ertrags (Nenner) beeinflusst. Dadurch ist der Indikator qua Definition anfällig gegenüber kurzfristigen Ertragsschwankungen. Die Cost Income Ratio wird stets nachhaltig über einen längeren Zeitraum beobachtet und durch regelmäßige Analysen der Entwicklung des Aufwands ergänzt.

- Förderdividende

Der Leistungsindikator Förderdividende fasst die gesamte quantitative Förderleistung innerhalb eines Geschäftsjahres zusammen. Er beinhaltet die zur Verbilligung der vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn sowie die sonstigen Förderleistungen, wie z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung oder Mittel, die von der Bank für Zuschüsse im Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung gestellt werden.

Die drei genannten finanziellen Leistungsindikatoren bzw. deren wesentliche Komponenten werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung ermittelt und Planwerten gegenübergestellt. In der Mehrjahresplanung sind sie ebenfalls als separate Größen enthalten.

Zu den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren zählen das gesellschaftliche Engagement, die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern sowie die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese werden überwiegend qualitativ im Rahmen der Geschäftsstrategie gesteuert.

Über die finanziellen Leistungsindikatoren informieren zusätzlich die Abschnitte zur Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage der Rentenbank sowie der Prognosebericht. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren werden in dem Abschnitt „nicht-finanzielle Leistungsindikatoren“ näher erläutert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen

Internationale Zins- und Geldpolitik

Die internationale Zins- und Geldpolitik blieb auch im Jahr 2015 insgesamt sehr expansiv, wenngleich die Notenbankpolitik zwischen den USA und dem Euroraum zum Jahresende zunehmend divergierte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Zinssatz für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte 2015 unverändert bei 0,05 %. Angesichts möglicher Deflationsgefahren kündigte die EZB im Januar an, ihr Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ab März zu erweitern und u. a. auf Staatsanleihen aus dem Euroraum auszudehnen. Die Notenbank legte das Volumen des Programms auf insgesamt 60 Mrd. Euro monatlich fest und befristete es zunächst bis September 2016. Vor dem Hintergrund, dass sich die Inflation schwächer als erwartet entwickelte und um die wirtschaftliche Erholung im Euroraum zu stützen, lockerte die EZB ihre Geldpolitik im Dezember erneut. Sie senkte den Zinssatz für die Einlagenfazilität von -0,20 % auf

-0,30 % und verlängerte ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren bis mindestens März 2017.

Im Gegensatz zur EZB nahm die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) 2015 ihren expansiven geldpolitischen Kurs leicht zurück. Sie erhöhte ihren Leitzins im Dezember auf eine Spanne von 0,25 % bis 0,50 %. Seit Ende 2008 hatte die Spanne zwischen 0,00 % und 0,25 % gelegen.

Die divergierende Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks, aber auch das deutlich höhere Wirtschaftswachstum in den USA führten dazu, dass der Euro im Verhältnis zum US-Dollar weiter an Wert verlor. Am Jahresende 2015 stellte die EZB den Referenzsatz für den Wechselkurs Dollar/Euro bei 1,09 fest, rund 10 % unter dem Satz von 1,21 Ende 2014.

Entwicklung der langfristigen Zinssätze

Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen lag am Jahresende 2015 mit 0,63 % nur leicht über dem Wert Ende 2014 in Höhe von 0,54 %. Zwischenzeitlich verlief die Entwicklung jedoch sehr volatil. Aufgrund des angekündigten und ab März umgesetzten EZB-Ankaufprogramms gingen die langfristigen Renditen im ersten Quartal kontinuierlich zurück. Bei zehnjährigen Bundesanleihen sank die Rendite bis Mitte April auf ein historisches Tief von 0,05 %, während sie sich bei kürzeren Laufzeiten durchweg im negativen Bereich bewegte. Danach zogen die Renditen jedoch innerhalb weniger Wochen wieder deutlich an. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen erreichten Mitte Juni ihr Jahreshoch von 1,06 % und gingen bis zum Jahresende 2015 wieder zurück.

Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft

Für die Nachfrage nach unseren Förderkrediten ist vor allem das Investitionsvolumen der deutschen Landwirtschaft in den für uns relevanten Bereichen entscheidend. Von 2010 bis 2014 war die wirtschaftliche Stimmung sehr positiv. Günstige Rahmenbedingungen, die erfreuliche wirtschaftliche Situation und das niedrige Zinsniveau ließen Landwirte kräftig investieren und unsere Förderkredite nachfragen. Seit Mitte 2014 hat sich aufgrund der sinkenden Agrarpreise die Stimmung jedoch abgekühlt. Die Preise für die wichtigsten Agrarprodukte – Getreide, Milch und Schweinefleisch – sind seitdem deutlich gefallen. In neue Milchvieh- und Schweineställe wird daher weniger investiert.

Geschäftsverlauf

Wie erwartet, verschlechterten sich zwar die Rahmenbedingungen im Agrarsektor, gleichwohl wurden unsere Programmkredite stärker genutzt. Die Nachfrage nach Förderkrediten entwickelte sich sogar besser als prognostiziert. In viele bereits in den Vorjahren geplante und begonnene Projekte investierten die Landwirte 2015 auch unter schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen. Im zweiten Halbjahr verschlechterte sich die

Liquidität in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen insbesondere infolge der sinkenden Erzeugerpreise. Entsprechend stieg die Nachfrage nach unseren Liquiditätssicherungsdarlehen, die durch das Liquiditätshilfeprogramm des Bundes Ende November einen weiteren Schub erhielt.

In der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ bestimmt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Investitionsdynamik. Durch die Änderungen im Rahmen des EEG 2014 war sowohl der Zubau im Bereich Biogas als auch bei Fotovoltaikanlagen weiter rückläufig. Ausgehend von einem Rekordwert im Vorjahr sind der Anlagenzubau im Bereich Windenergie und die Nachfrage nach Windkraftfinanzierungen im Jahr 2015 ebenfalls leicht zurückgegangen. Die Nominalwerte für das Förderneugeschäft stellen sich wie folgt dar:

	2015		2014	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Programmkredite	7,8	57,4	6,9	61,1
Verbrieftes Fördergeschäft	3,2	23,5	2,4	21,2
Allgemeine Förderkredite	2,6	19,1	2,0	17,7
Summe	13,6	100,0	11,3	100,0

Das Förderneugeschäft betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 13,6 Mrd. EUR (11,3 Mrd. EUR) und liegt damit über dem Vorjahreswert (jeweils in Klammern angegeben per 31.12.2014). Hierzu trug insbesondere das höhere Programmkreditneugeschäft mit 7,8 Mrd. EUR (6,9 Mrd. EUR) bei, welches sich deutlich über Plan entwickelte. Der Bestand an Programmkrediten wuchs um 3,3 Mrd. EUR bzw. 9,0 % auf nun 40,0 Mrd. EUR (36,7 Mrd. EUR). Der bilanzielle Wert des verbrieften Fördergeschäfts sank um 1,9 Mrd. EUR auf 19,8 Mrd. EUR. Der Bestand verringerte sich durch Fälligkeiten, die das geringere Neugeschäft überkompensierten.

Die benötigten Fremdmittel beschaffte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen, da Finanzinvestoren sichere Anlagen präferierten. Im Berichtsjahr nahm die Rentenbank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 13,0 Mrd. EUR (10,9 Mrd. EUR) auf. Durch das deutlich über Plan liegende Neugeschäft mit Programmkrediten lag die Aufnahme der Fremdmittel ebenfalls deutlich höher als ursprünglich für 2015 erwartet. Für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt wurden dabei folgende Instrumente eingesetzt:

	2015		2014	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Euro Medium Term Note (EMTN)	7,3	56,1	7,3	67,0
Globalanleihen	3,0	23,1	1,7	15,6
AUD-Medium Term Note (MTN)	2,2	16,9	1,5	13,8
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,4	3,1	0,2	1,8
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,1	0,8	0,2	1,8
Summe	13,0	100,0	10,9	100,0

Lage

Ertragslage

Ertragslage Konzern

	01.01. bis 31.12.2015	01.01. bis 31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	331,0	324,8	6,2
Risikovorsorge/Förderbeitrag	18,6	15,3	3,3
Verwaltungsaufwendungen	65,0	59,3	5,7
Übriges Ergebnis	-9,2	-6,3	-2,9
Operatives Ergebnis	238,2	243,9	-5,7
Fair Value- und Hedge-Ergebnis	204,9	-183,5	388,4
Konzernjahresüberschuss	443,1	60,4	382,7
2) Sonstiges Ergebnis			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	-56,5	92,5	-149,0
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	5,7	-26,5	32,2
3) Konzerngesamtergebnis	392,3	126,4	265,9

Operatives Ergebnis

Das Operative Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 238,2 Mio. EUR lag um 5,7 Mio. EUR oder 2,3 % leicht unter dem Vorjahreswert (243,9 Mio. EUR). Der gestiegene Zinsüberschuss konnte die erhöhten Aufwendungen des Postens Risikovorsorge/Förderbeitrag sowie die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen nicht vollständig kompensieren.

Das Operative Ergebnis ging aufgrund von zwei Faktoren nicht wie geplant um 10 % zurück: Im Vergleich zur Prognose waren die Gesamtmargen weniger rückläufig bei gleichzeitig stärker steigendem Neugeschäft. Darüber hinaus stieg der Verwaltungsaufwand deutlich geringer als geplant. Diese Faktoren werden nachstehend näher erläutert.

Die Zinserträge inklusive der Beteiligungserträge lagen bei 3 734,4 Mio. EUR (3 532,3 Mio. EUR). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 403,4 Mio. EUR (3 207,5 Mio. EUR) ergab sich ein Zinsüberschuss von 331,0 Mio. EUR (324,8 Mio. EUR). Dieser unerwartete Anstieg um 6,2 Mio. EUR bzw. 1,9 % erklärt sich vor allem durch das stark gewachsene Neugeschäft, das früh im Jahr getätigt wurde und das deutlich über dem Planwert lag. Für Details wird auf das Operative Ergebnis nach Segmenten verwiesen.

Der Aufwand für Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich um 3,3 Mio. EUR bzw. 21,6 % auf 18,6 Mio. EUR. Wesentliche Ursachen waren der um 2,5 Mio. EUR auf 14,8 Mio. EUR (12,3 Mio. EUR) gestiegene Förderbeitrag sowie eine im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 0,8 Mio. EUR auf 3,8 Mio. EUR (3,0 Mio. EUR) leicht höhere Zuführung zur Einzel- und Portfoliowertberichtigung.

Der Förderbeitrag umfasst den Zuschuss für die von der Rentenbank gewährten Programmkredite. Zum Zeitpunkt der Zusage entsteht ein Förderaufwand, der über die Restlaufzeit des Geschäfts erfolgswirksam verbraucht wird. Der Aufwand für die Zuführung zum Förderbeitrag stieg dabei um 6,8 Mio. EUR auf 82,1 Mio. EUR (75,3 Mio. EUR), die Erträge aus dem Verbrauch erhöhten sich um 4,3 Mio. EUR auf 67,3 Mio. EUR (63,0 Mio. EUR).

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken auslegt, werden Ausfallrisiken zeitnah identifiziert. Auch bei Konsortialgeschäften mit Unternehmen wird der Konzern aus dem Konsortium heraus zeitnah mit den entsprechenden Informationen versorgt. Für das grundsätzlich bestehende Risiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Wertpapiere eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts bestimmt. Im aktuellen Geschäftsjahr wurde eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 2,2 Mio. EUR (0,0 Mio. EUR) gebildet; der Aufwand aus der Portfoliowertberichtigung sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. EUR und lag damit im Geschäftsjahr bei 1,6 Mio. EUR (3,0 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 9,6 % auf 65,0 Mio. EUR (59,3 Mio. EUR). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 33,8 Mio. EUR (34,4 Mio. EUR) um 0,6 Mio. EUR unter Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stiegen auf 6,2 Mio. EUR (5,7 Mio. EUR). Grund hierfür waren insbesondere planmäßige Abschreibungen auf zuvor aktivierte Projektausgaben für die Einführung neuer IT-Systeme.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 5,8 Mio. EUR bzw. 30,2 % auf 25,0 Mio. EUR (19,2 Mio. EUR). Grund hierfür waren im Wesentlichen IT-Aufwendungen, die um 2,7 Mio. EUR auf 12,4 Mio. EUR (9,7 Mio. EUR) wuchsen, Belastungen aus der Kostenumlage für die neue EZB-Aufsicht in Höhe von 1,0 Mio. EUR sowie die erstmalige Zahlung der Bankenabgabe mit 1,1 Mio. EUR. Dennoch stiegen die gesamten Verwaltungsaufwendungen damit geringer als erwartet, da insbesondere die ursprünglich sehr konservativ geschätzten Gebühren und Abgaben deutlich niedriger ausfielen.

Das Übrige Ergebnis verringerte sich um 2,9 Mio. EUR bzw. 46,0 % auf -9,2 Mio. EUR (-6,3 Mio. EUR), insbesondere durch die von der Rentenbank vorgenommene Kapitalaufstockung der Edmund Rehwinkel-Stiftung in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie durch das Ergebnis aus Steuern.

Operatives Ergebnis nach Segmenten

01.01. bis 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/ Förderbeitrag	190,5	192,5	116,7	114,2	23,8	18,1	331,0	324,8
Risikovorsorge/ Förderbeitrag	18,6	15,3	0,0	0,0	0,0	0,0	18,6	15,3
Verwaltungs- aufwendungen	49,1	45,0	9,4	8,6	6,5	5,7	65,0	59,3
Übriges Ergebnis	-9,0	-6,3	0,0	0,0	-0,2	0,0	-9,2	-6,3
Operatives Ergebnis	113,8	125,9	107,3	105,6	17,1	12,4	238,2	243,9

Das Operative Ergebnis des Segments „Fördergeschäft“ reduzierte sich auf 113,8 Mio. EUR (125,9 Mio. EUR). Die deutlich gestiegene Nachfrage nach unseren Programmkrediten führte zu höheren bilanziellen Aufwendungen für den Zinszuschuss. Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich im Wesentlichen hierdurch auf 18,6 Mio. EUR (15,3 Mio. EUR). Durch die vor allem in den ersten Wochen des Jahres 2015 getätigten hohen Neuabschlüsse im Bereich der allgemeinen Förderkredite und des verbrieften Fördergeschäfts sowie durch hohe Fälligkeiten erst zum Jahresende konnte der ertragsrelevante durchschnittliche Bestand im Vergleich zur Planung erhöht werden. Das Zinsergebnis vor Risikovorsorge/Förderbeitrag des Segments „Fördergeschäft“

reduzierte sich daher weniger stark als geplant und lag bei 190,5 Mio. EUR (192,5 Mio. EUR). Der Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibungen im „Fördergeschäft“ stieg um 4,1 Mio. EUR auf 49,1 Mio. EUR.

Die Zinserträge aus dem Segment „Kapitalstockanlage“ erhöhten sich erwartungsgemäß, und zwar auf 116,7 Mio. EUR. Sie lagen damit um 2,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Allerdings wirkte sich die niedrige Verzinsung der Neuanlagen infolge des Niedrigzinsumfelds im Vergleich zu den höherverzinslichen fälligen Anlagen negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der Gewinnthesaurierung konnte diesen Effekt jedoch überkompensieren, so dass der Zinsertrag des Segments in Summe leicht anstieg. Insgesamt erhöhte sich damit das Operative Ergebnis des Segments leicht auf 107,3 Mio. EUR (105,6 Mio. EUR).

Im Segment „Treasury Management“ war das Zinsergebnis im abgelaufenen Jahr durch wieder steigende Margen aufgrund sinkender kurzfristiger Refinanzierungskosten geprägt. Während wir in der Planung noch von einem leicht rückläufigen Ergebnis ausgegangen waren, gelang es uns infolge der steigenden Margen in Verbindung mit einem höheren Bestand sogar, den Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 31,5 % auf 23,8 Mio. EUR zu steigern. Das Operative Ergebnis des Segments erhöhte sich entsprechend auf 17,1 Mio. EUR (12,4 Mio. EUR).

Fair Value- und Hedge-Ergebnis

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Veränderungen der Deposit/Swap-Kurve (Veränderung des gesicherten Risikos) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden im Rahmen der Bewertung die Veränderungen sämtlicher Marktparameter, wie z. B. auch der Credit-Spreads, herangezogen.

Die Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten. Das Fair Value- und Hedge-Ergebnis ist insbesondere durch Bewertungsgewinne aus dem Anstieg der Credit-Spreads bei den eigenen Emissionen und durch positive Bewertungsrückflüsse aus in Vorjahren gebuchten Bewertungsverlusten geprägt. Es stieg zum Bilanzstichtag deutlich auf 204,9 Mio. EUR (-183,5 Mio. EUR).

Bei der Rentenbank als Nichthandelsbuchinstitut mit einer grundsätzlichen Buy-and-Hold-Strategie stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar,

sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bei Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte liegt das kumulierte Bewertungsergebnis bei null. Unabhängig davon sind die Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung nach IFRS Grundlage für das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie für die Risikotragfähigkeitsrechnung. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsverluste aus den eigenen Emissionen über Prudential Filter neutralisiert.

Konzernjahresüberschuss

Unter Berücksichtigung des positiven Fair Value- und Hedge-Ergebnisses in Höhe von 204,9 Mio. EUR (-183,5 Mio. EUR) erhöhte sich der Konzernjahresüberschuss um 382,7 Mio. EUR auf 443,1 Mio. EUR (60,4 Mio. EUR).

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis reflektiert die Veränderungen in der Neubewertungsrücklage. Es beinhaltet Ergebnisse aus der Bewertung von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Für die Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ werden hier im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der Deposit/Swap-Kurve basieren, werden durch die Bilanzierung der Sicherungszusammenhänge im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen. Daneben ist die Amortisation der Bewertungsergebnisse von Wertpapieren, die im Jahr 2008 mit dem zu diesem Zeitpunkt ermittelten Marktwert in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden, enthalten.

Die Credit-Spreads für Wertpapiere erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Die hierdurch gesunkenen Marktwerte führten zu Bewertungsverlusten von 56,4 Mio. EUR (Bewertungsgewinne von 92,3 Mio. EUR). Die Amortisation für die von der Kategorie „Available for Sale“ in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere führte zu Aufwendungen von 0,1 Mio. EUR (Erträge von 0,2 Mio. EUR).

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen resultieren zum einen aus Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen der Vorperiode und zum anderen aus geänderten Annahmen für die Zukunft. Im Jahr 2015 wurden versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von 5,7 Mio. EUR (Verluste 26,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Diese Gewinne basieren im Wesentlichen auf einem gestiegenen Rechnungszins, der zu einer entsprechend niedrigeren Pensionsrückstellung führte.

Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2015 mit 392,3 Mio. EUR (126,4 Mio. EUR) um 265,9 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahreswert. Grund hierfür ist vor allem das um 388,4 Mio. EUR gestiegene Fair Value- und Hedge-Ergebnis. Dieses konnte das verringerte Sonstige Ergebnis im Zusammenhang mit der Bewertung der Available for Sale-Instrumente deutlich überkompensieren.

Überleitung zum Bilanzgewinn

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR-Gesetz) wird der Jahresüberschuss nach HGB in eine Deckungsrücklage und eine Hauptrücklage eingestellt bzw. der verbleibende Betrag ausgeschüttet. Dabei wird der Ausschüttungsbetrag als Bilanzgewinn dargestellt. Nach IFRS werden diese Größen informatorisch als Eigenkapitalbestandteile dargestellt. Der verbleibende Differenzbetrag zum Konzernüberschuss wird den Gewinnrücklagen zugeführt.

Das LR-Gesetz beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrags der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Deren Volumen ging zurück und deshalb wurden entsprechend 23,1 Mio. EUR (21,6 Mio. EUR) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen in Analogie zum Einzelabschluss weitere 42,8 Mio. EUR (41,2 Mio. EUR) aus dem Konzernjahresüberschuss in die Hauptrücklage eingestellt werden. Zusätzlich sollen 386,0 Mio. EUR (5,4 Mio. EUR) den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 14,3 Mio. EUR (13,8 Mio. EUR).

Ertragslage Rentenbank

Die Ertragslage gemäß Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB entwickelte sich insgesamt zufriedenstellend und stellte sich wie folgt dar:

	01.01. bis 31.12.2015	01.01. bis 31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	311,9	311,0	0,9
davon Aufwendungen für Zinszuschuss Programmkredite	77,2	72,3	4,9
Sonderausschüttung LRB	49,8	0,0	49,8
Provisionsüberschuss	-2,2	-1,6	-0,6
Verwaltungsaufwendungen	59,8	56,6	3,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-16,4	-10,1	-6,3
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	283,3	242,7	40,6
Risikovorsorge/ Reserven	226,3	187,7	38,6
Jahresüberschuss	57,0	55,0	2,0

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung (HGB) erhöhte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg war auf einen positiven Einmaleffekt in Höhe von 49,8 Mio. EUR zurückzuführen. Es handelt sich um die Sonderausschüttung einer Dividende durch unsere Tochtergesellschaft LRB im Zuge der Neustrukturierung einer bestehenden Beteiligung. Diese Sonderausschüttung wird gemäß RechKredV Gliederungsschema unter dem GuV Posten „Laufende Erträge aus Beteiligungen“ ausgewiesen. Bereinigt um den genannten Einmaleffekt hätte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung 233,5 Mio. EUR betragen und läge damit erwartungsgemäß unter Vorjahreswert (242,7 Mio. EUR). Dies entspricht in etwa der ebenfalls leicht rückläufigen Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS. Anders als nach HGB wird der oben genannte positive Einmaleffekt gemäß IFRS-Rechnungslegung jedoch konzernintern konsolidiert und wirkt sich daher nicht im Konzernergebnis aus.

Ansonsten entspricht die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/ Bewertung (HGB) strukturell der Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS, mit Ausnahme der Bildung und Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Daher wird im Weiteren auf die grundsätzlichen Darstellungen zur Ertragslage des Konzerns verwiesen.

Die Risikovorsorge/Reserven enthalten im Wesentlichen die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen nach HGB und die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die Pauschalwertberichtigungen erhöhten sich um 2,3 Mio. EUR auf 16,2 Mio. EUR (13,9 Mio. EUR). Die Einzelwertberichtigungen sanken dagegen leicht um 0,6 Mio. EUR. Im Zuge der oben erwähnten Neustrukturierung einer bestehenden Beteiligung innerhalb des Konzerns erfolgte eine bilanzielle Wertaufholung beim Buchwert unserer Tochter LRB in Höhe von 49,6 Mio. EUR. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurde um 279,2 Mio. EUR (194,7 Mio. EUR) erhöht.

In Summe ergab sich ein um 2,0 Mio. EUR auf 57,0 Mio. EUR (55,0 Mio. EUR) gestiegener Jahresüberschuss. Hieraus wurden 42,7 Mio. EUR (41,2 Mio. EUR) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 14,3 Mio. EUR (13,8 Mio. EUR), mit dem die Landwirtschaft und der ländliche Raum gefördert werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das um die oben genannte Sonderausschüttung bereinigte Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung (Operatives Ergebnis) belief sich auf 233,5 Mio. EUR (242,7 Mio. EUR). Die Entwicklung war damit erwartungsgemäß rückläufig, allerdings in einem geringeren Maße als geplant. Einerseits sank das Zinsergebnis weniger stark als erwartet, da das Neugeschäftsvolumen im allgemeinen Fördergeschäft und dessen Margen über Plan lagen. Zum anderen lag der Anstieg des Verwaltungsaufwands unter den Erwartungen, da die IT-Aufwendungen geringer als geplant ausfielen und geplante Projektaktivitäten teilweise auf Folgejahre verlagert wurden. Die Personalkosten lagen ebenfalls unter Plan, da den Pensionsrückstellungen weniger Mittel zugeführt werden mussten und zusätzliche Planstellen erst sukzessive mit neuen Mitarbeitern besetzt wurden. Darüber hinaus enthielt die Planung 2015 aufgrund der noch unklaren Ausgestaltung und Höhe der erstmalig zu leistenden Bankenabgabe einen konservativen Schätzwert.

Die beschriebenen Entwicklungen beim Betriebsergebnis beeinflussten auch den Leistungsindikator Cost Income Ratio. Während sich die Aufwendungen in Summe auf 80,7 Mio. EUR (70,7 Mio. EUR) erhöhten, blieben die bereinigten Erträge mit 314,2 Mio. EUR (313,4 Mio. EUR) nahezu unverändert. Hierdurch erhöhte sich die um die Sonderausschüttung bereinigte Cost Income Ratio von 22,6 % auf 25,7 %. Der Anstieg fiel allerdings geringer als geplant aus. Die Cost Income Ratio liegt damit auch weiterhin auf einem im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau.

Der Leistungsindikator Förderdividende enthält u. a. die Zinsverbilligung der Programmkredite aus eigenen Erträgen, für die im Berichtsjahr nominal 63,6 Mio. EUR (73,9 Mio. EUR) eingesetzt wurden. Ferner stellte die Rentenbank wie im Vorjahr 3,0 Mio. EUR Zuschüsse zum Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung. Für die Weiterentwicklung der Edmund Rehwinkel-Stiftung stockte die Rentenbank das Stiftungskapital um 2,0 Mio. EUR auf. Einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Bilanzgewinns in Höhe von 14,3 Mio. EUR summierte sich die Förderdividende auf 82,9 Mio. EUR (90,7 Mio. EUR). Sie liegt damit zwar wie geplant unter dem Niveau des Vorjahres, zeigt aber die effiziente Art der Förderung, da gleichzeitig ein Rekordvolumen beim Neugeschäft mit Programmkrediten erzielt wurde.

Finanzlage

Kapitalstruktur

Kapitalstruktur Konzern

	31.12.2015	31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 829,3	2 184,7	644,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 408,3	4 954,7	- 546,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	71 544,9	69 178,8	2 366,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	729,4	691,8	37,6
<u>Eigenkapital</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	3 474,9	3 046,1	428,8
Neubewertungsrücklage	61,7	112,5	- 50,8
Bilanzgewinn	14,3	13,8	0,5

Fremdkapital

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 29,5 % auf 2,8 Mrd. EUR (2,2 Mrd. EUR) im Wesentlichen durch die Aufnahme von Termingeldern und Globalanleihen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sanken hauptsächlich durch fällige Namensschuldverschreibungen um 0,5 Mrd. EUR bzw. 11,0 % auf 4,4 Mrd. EUR (4,9 Mrd. EUR).

Die Verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 2,4 Mrd. EUR bzw. 3,4 % auf 71,5 Mrd. EUR (69,2 Mrd. EUR). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) waren mit 51,8 Mrd. EUR (49,3 Mrd. EUR) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 16,2 Mrd. EUR (13,8 Mrd. EUR). Der Buchwert der Euro Commercial Paper (ECP) sank um 2,4 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR (5,9 Mrd. EUR).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten lagen mit 0,7 Mrd. EUR (0,7 Mrd. EUR) auf Vorjahresniveau.

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die folgende Analyse gliedert die Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten, Währungen und Zinsstruktur auf Basis der IFRS-Buchwerte:

	Fälligkeiten					
	bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		größer 5 Jahre	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<u>Fester Zins</u>						
EUR	3 294,1	2 250,7	8 858,0	9 154,6	7 570,0	7 680,3
USD	4 255,5	3 021,9	10 147,6	12 003,6	6 773,7	2 412,1
AUD	786,0	1 041,0	4 460,6	3 418,5	4 515,0	4 421,4
JPY	0,0	35,9	246,2	209,4	369,7	253,2
CHF	390,4	297,1	763,4	1 055,3	113,0	101,6
NOK	286,0	405,4	499,2	719,8	0,0	123,5
GBP	836,6	0,0	1 616,6	1 670,1	0,0	14,8
Sonstige	436,5	31,1	2 732,1	2 651,5	658,7	623,5
<u>Nullkupon</u>						
EUR	37,8	419,9	44,3	78,7	972,2	921,9
USD	3 005,4	4 122,7	0,0	0,0	0,0	42,5
AUD	154,0	673,8	0,0	0,0	0,0	0,0
GBP	103,5	510,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	251,4	217,7	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>Variabler Zins</u>						
EUR	1 539,0	1 863,3	4 854,3	4 905,4	1 808,6	3 213,3
USD	1 928,3	428,6	3 071,2	4 081,9	570,9	123,4
AUD	421,7	0,0	269,5	695,7	0,0	0,0
JPY	11,6	20,7	35,8	44,1	262,8	349,4
NOK	0,0	0,0	224,4	239,1	0,0	0,0
Sonstige	152,4	127,6	183,9	333,9	0,0	0,0
Summe	17 890,2	15 467,5	38 007,1	41 261,6	23 614,6	20 280,9

Eigenkapital

Der Anstieg des Konzernjahresüberschusses kompensierte den ausgewiesenen Bewertungsverlust in der Neubewertungsrücklage deutlich, sodass sich das Eigenkapital insgesamt um 378,5 Mio. EUR auf 3 685,9 Mio. EUR (3 307,4 Mio. EUR) erhöhte.

Kapitalstruktur Rentenbank

Die Finanzlage auf Basis des Jahresabschlusses der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 461,7	2 806,6	655,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 963,3	4 264,8	- 301,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	67 304,9	65 843,8	1 461,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	608,4	599,2	9,2
<u>Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	1 009,5	966,8	42,7
Bilanzgewinn	14,3	13,8	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 911,2	2 632,0	279,2

Das Fremdkapital nach HGB und IFRS entwickelte sich strukturell gleich. Es weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen des Fremdkapitals in der Kapitalstruktur des Konzerns verwiesen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 0,3 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR (2,6 Mrd. EUR) erhöht. Hierdurch erhöhte sich das Eigenkapital um 0,3 Mrd. EUR im Vergleich zu 2014.

Investitionen

Die Rentenbank hat in den letzten Jahren in erheblichem Umfang in die Modernisierung der Anwendungssysteme investiert. Insbesondere das Handels-, Risikomanagement- und Limitsystem sowie die Meldewesensoftware und die Rating-Plattform wurden weiterentwickelt. Darüber hinaus trieben wir die Digitalisierung der Kunden- und Geschäftspartnerschnittstellen (Extranet) weiter voran. Zusätzlich investierten wir in Systeme und Prozesse, um neue regulatorische Anforderungen umzusetzen. Inzwischen sind zudem die Vorbereitungen für die Einführung eines neuen Finanzsystems gestartet.

Die beschriebenen Projektaktivitäten spiegeln sich neben den laufenden Verwaltungsaufwendungen auch in der Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte wider. Hier erfolgten im abgelaufenen Jahr Zugänge bei den Anschaffungskosten in Höhe von 4,6 Mio. EUR (2,3 Mio. EUR).

Liquidität

Die Liquiditätsanalyse stellt die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge dar:

31.12.2015	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	325,9	340,4	880,0	1 190,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	246,5	337,4	766,1	3 277,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 868,0	8 054,3	35 125,2	18 160,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	179,0	56,0	918,0	517,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	7,7	17,8	134,8	507,0
Summe	9 627,1	8 805,9	37 824,1	23 651,9

31.12.2014	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4,6	373,5	940,0	785,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	170,8	201,1	1 306,5	3 414,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 012,8	7 164,9	37 325,8	14 725,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	61,0	40,0	547,0	523,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	7,1	16,5	123,7	481,0
Summe	8 256,3	7 796,0	40 243,0	19 929,0

Der Konzern verfügt über ausreichende liquide Mittel und kann jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachkommen.

Vermögenslage

Vermögenslage Konzern

	31.12.2015	31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 457,2	51 407,6	4 049,6
Forderungen an Kunden	6 380,9	5 530,3	850,6
Finanzanlagen	19 912,2	21 701,2	-1 789,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 238,9	5 958,4	1 280,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 152,9	6 810,6	342,3

Die Rentenbank vergibt Kredite wettbewerbsneutral und grundsätzlich über Banken. In der Vermögenslage spiegelt dies der Posten Forderungen an Kreditinstitute wider, dessen Anteil an der Bilanzsumme bei 59,4 % (57,9 %) lag. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 55,5 Mrd. EUR (51,4 Mrd. EUR).

Die Forderungen an Kunden beinhalten im Wesentlichen Schuldscheindarlehen gegenüber Bundesländern. Insgesamt erhöhte sich der Bilanzposten um 0,9 Mrd. EUR auf 6,4 Mrd. EUR (5,5 Mrd. EUR).

Die Finanzanlagen enthalten nahezu ausschließlich Bankanleihen. Sie reduzierten sich im Wesentlichen durch Fälligkeiten, die über dem Neugeschäft lagen, um 1,8 Mrd. EUR auf 19,9 Mrd. EUR (21,7 Mrd. EUR).

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stiegen um 1,3 Mrd. EUR auf 7,2 Mrd. EUR (5,9 Mrd. EUR), die negativen Marktwerte um 0,3 Mrd. EUR auf 7,2 Mrd. EUR (6,8 Mrd. EUR). Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, bestehen Besicherungsvereinbarungen. Die Bank schließt keine Credit Default Swaps (CDS) ab.

Vermögenslage Rentenbank

Die Vermögenslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach HGB stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 682,4	51 459,3	4 223,1
Forderungen an Kunden	5 304,4	4 938,6	365,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18 302,1	20 171,5	-1 869,4

Die Vermögenslage nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Sie weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen zur Vermögenslage im Konzern verwiesen.

Der Wertpapierbestand enthielt zum Jahresende Bankanleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 18,2 Mrd. EUR (20,0 Mrd. EUR). Es befand sich, wie im Vorjahr, kein Bestand in der Liquiditätsreserve.

Der Vorstand beurteilt den Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend. Dies gilt auch für die Erreichung der im Rahmen des Steuerungssystems definierten strategischen Ziele.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Gesellschaftliches Engagement

Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Rentenbank auch über ihren Förderauftrag hinaus verpflichtet, sich engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie unterstützt vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte an ihrem Sitz in Frankfurt am Main. Regelmäßig erhalten u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städtelschule Zuwendungen. In der Städtelschule fördert die Rentenbank junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Die Rentenbank unterstützt ferner verschiedene Projekte von Kirchen, Verbänden und Vereinen durch regelmäßige Weihnachtsspenden.

Mitarbeiter

Der Personalstand erhöhte sich im abgelaufenen Jahr. Am Jahresende 2015 beschäftigte die Rentenbank 269 (265) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Inklusive Auszubildende und Praktikanten lag die Mitarbeiteranzahl bei 272 (269), davon 217 (223) in Vollzeit. Darin sind Beschäftigte in Elternzeit sowie die Vorstandsmitglieder nicht enthalten. Die

durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rund elf Jahren. Das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bank war mit 53 % zu 47 % nahezu ausgeglichen. 89 % der Teilzeitbeschäftigten waren Frauen.

Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen

Die Rentenbank erstellt den Konzernabschluss nach den Standards der internationalen Rechnungslegung, den Jahresabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und den jeweils hierzu unterstützenden Verlautbarungen. Dabei wird auf eine ordnungsgemäße Erstellung sowie auf die Einhaltung der Veröffentlichungsfristen geachtet. Dies wird insbesondere durch ein Internes Kontrollsystem (IKS) sichergestellt.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen von strategischer Bedeutung betreffen die Eigenmittel, die Liquidität, die Bilanzsumme und die risikogewichteten Aktiva. Die umfassende Einhaltung aller bestehenden aufsichtsrechtlichen Regelungen hat höchste Priorität. Im Konzern ist unter anderem der Arbeitskreis Regulatorische Themen (ART), in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür zuständig, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen frühzeitig konzernweit zu erkennen und deren Umsetzung zu steuern bzw. zu überwachen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Prognose- und Chancenbericht

Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank wird im Wesentlichen von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten geprägt.

Diese werden maßgeblich durch die Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die Situation an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle.

Zu Jahresbeginn 2016 bekräftigte die EZB ihre Absicht, den Leitzins auf unbestimmte Zeit niedrig zu halten („Forward Guidance“). Vor dem Hintergrund der gestiegenen Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und stark gefallener Ölpreise kündigte sie darüber hinaus weitere geldpolitische Lockerungen im Jahresverlauf an, um deflationären Tendenzen im Euroraum entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund geht die Rentenbank

von anhaltend niedrigen Geldmarktsätzen und einer flachen Zinsstrukturkurve im Jahresverlauf aus.

Nicht zuletzt als Folge des stark gesunkenen Ölpreises sollte sich die Wirtschaft im Euroraum bei weiterhin niedrigem Preisdruck moderat erholen. Durch eine voraussichtlich dynamischere Konjunktorentwicklung in den USA und weitere mögliche Zinserhöhungen der US-amerikanischen Notenbank Fed erwartet die Rentenbank einen anhaltend schwachen Euro im Verhältnis zum US-Dollar.

Die Landwirte planen nach Erhebungen des Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar, in der ersten Jahreshälfte 2016 insgesamt 3,3 Mrd. EUR zu investieren. Damit geht dieser Wert – nach 6,3 Mrd. EUR für 2014 und 4,7 Mrd. EUR für 2015 – im zweiten Jahr in Folge deutlich zurück.

In allen Betriebsformen wird die aktuelle wirtschaftliche Situation pessimistischer als im Vorjahr beurteilt. Das Stimmungsbarometer fällt auf den niedrigsten Wert seit 2010. Insbesondere die Milchviehhalter und Veredlungsbetriebe schätzen die Lage deutlich schlechter als im Vorjahr ein, sodass die Stallinvestitionen weiter deutlich zurückgehen dürften. In der Sparte „Landwirtschaft“ ist daher mit einer sinkenden Nachfrage nach Investitionskrediten zu rechnen. Dagegen sollten sich Liquiditätssicherungsdarlehen und Betriebsmittelfinanzierungen bei anhaltend schwieriger wirtschaftlicher Lage auf hohem Niveau stabilisieren.

Unabhängig von der guten Versorgung mit Agrarprodukten in den Jahren 2014 und 2015 sowie der abgeschwächten Nachfrage aus den Schwellenländern deuten die Fundamentaldaten auf eine Stabilisierung des Agrarpreisniveaus hin. Die FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) geht in ihren Projektionen bis zum Jahr 2024 davon aus, dass das internationale Agrarpreisniveau über dem Niveau vor dem Preisanstieg 2007 bis 2008 bleiben wird.

Die Entwicklung der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom EEG ab. Dieses wurde Mitte 2014 novelliert, was einen Nachfragerückgang im Bereich Fotovoltaik- und Biogasanlagen auslöste. Im Jahr 2016 ist erneut eine Novellierung des EEGs geplant. Dabei soll die Förderung der erneuerbaren Energien von fixen Einspeisevergütungen auf ein Ausschreibungsmodell mit begrenztem Gesamtvolumen umgestellt werden. Details der Ausgestaltung sind noch nicht bekannt.

Die Rentenbank geht aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik, ihrer Triple-A-Ratings, ihres Status als Bundesinstitut und damit einhergehend einem ausgezeichneten Zugang zu Refinanzierungsmitteln davon aus, ihren Förderauftrag weiterhin vollumfänglich erfüllen zu können.

Prognose der Geschäftsentwicklung

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden Jahres- und Mehrjahrespläne über einen Betrachtungszeitraum von 5 Jahren erstellt. Sie umfassen die Neugeschäfts-, Bestands-, Kapital-, Ertrags- und Kostenplanung sowie Stressszenarien. Darüber hinaus enthält die Planung steuerungsrelevante aufsichtsrechtliche Kennzahlen sowie eine Prognose zur Entwicklung der Risikotragfähigkeit. Im Folgenden beziehen sich die Prognosen jeweils auf die Planung für das Jahr 2016.

In der aktuellen Konzernplanung erwarten wir im Segment „Fördergeschäft“ ein Neugeschäftsvolumen deutlich unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase und des erweiterten Ankaufprogramms der EZB wird tendenziell mit weiter rückläufigen Aktiv-/Passivmargen im Neugeschäft gerechnet. Dies führt in Summe zu einem deutlich rückläufigen Zinsergebnis für das Segment „Fördergeschäft“.

Bei der Kreditvergabe dürften die Programmkredite weiterhin den Schwerpunkt bilden. Nach dem Rekordwert im abgelaufenen Jahr gehen wir für 2016 allerdings aufgrund der differenzierten Entwicklung bei der Investitionstätigkeit unserer Endkreditnehmer davon aus, dass das Neugeschäft deutlich sinkt. Gleichwohl rechnen wir damit, dass sowohl der Bestand an Programmkrediten als auch dessen prozentualer Anteil an der Bilanzsumme weiter steigt.

Der Bestand an Wertpapieren sowie allgemeinen Förderkrediten reduzierte sich in 2015 aufgrund hoher Fälligkeiten mit ca. 8 % deutlich. Auch für 2016 ist hier ein leichter Rückgang des Bestands geplant.

Für das Segment „Kapitalstockanlage“ planen wir für das Jahr 2016 geringfügig über dem Vorjahresniveau liegende Zinserträge. Zwar wirkt sich die aktuell niedrige Verzinsung der Neuanlagen infolge des Niedrigzinsumfelds im Vergleich zu den höherverzinslichen fälligen Anlagen negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der Gewinnthesaurierung kann diesen Effekt jedoch überkompensieren, sodass der Zinsertrag des Segments insgesamt leicht ansteigen wird.

Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird im Jahr 2016 voraussichtlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen, da wir von sinkenden Margen ausgehen.

Für das Zinsergebnis der drei Segmente erwarten wir für das Jahr 2016 insgesamt einen deutlich rückläufigen Wert.

Die Kostenplanung für das Jahr 2016 berücksichtigt insbesondere die erforderlichen langfristigen Investitionen in die Infrastruktur der Bank sowie die notwendigen Anpassungen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Darin

enthalten sind Investitionen für die Weiterentwicklung des Handels-, Risikomanagement-, Abwicklungs- und Limitsystems, für die Einführung eines neuen Finanzsystems sowie für die Erneuerung sonstiger eingesetzter Hard- und Software. In der Mehrjahresplanung sind darüber hinaus Investitionen für die Modernisierung des Bankgebäudes vorgesehen. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines straffen Kostenmanagements – auch im kommenden Jahr mit deutlich steigenden Verwaltungsaufwendungen (2015: 59,8 Mio. EUR) verbunden sein. Dies betrifft insbesondere auch die Personalkosten, da neue Stellen geschaffen werden müssen. Da die Bankenabgabe ab 2016 auf europäischer Ebene berechnet wird, ist deren tatsächliche Höhe derzeit noch unbestimmt. In der Planung haben wir deshalb konservative Prämissen unterstellt.

Vor dem Hintergrund der Ertrags- und Kostenentwicklung prognostizieren wir für 2016 insgesamt ein um ca. 25 % rückläufiges Operatives Ergebnis (2015 bereinigt: 233,5 Mio. EUR). Damit läge dieser Leistungsindikator jedoch im historischen Vergleich immer noch auf einem zufriedenstellenden Niveau.

Trotz des rückläufigen Ergebnistrends gehen wir davon aus, die Förderdividende (2015: 82,9 Mio. EUR) weiterhin auf einem angemessenen Niveau halten zu können. Für diesen Leistungsindikator erwarten wir im kommenden Jahr einen um bis zu 10 % höheren Wert.

Infolge der rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen dürfte die Cost Income Ratio (2015: 25,7 %) deutlich steigen. Sie wird sich dennoch weiterhin auf einem im Vergleich mit anderen Förderbanken zufriedenstellenden Niveau bewegen.

Das Bewertungsergebnis ist aufgrund der hohen Volatilität der Marktparameter und der Buy-and-Hold-Strategie nur unter sehr unsicheren Annahmen zu prognostizieren. Wir rechnen aktuell mit einem leicht negativen Bewertungsergebnis für 2016.

Insgesamt erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 ein niedrigeres Gesamtergebnis, geprägt durch rückläufige operative Erträge, höhere Verwaltungsaufwendungen und ein negatives Bewertungsergebnis.

Chancen und Risiken

Im Vergleich zu den geplanten Ergebnissen für das Jahr 2016 könnten sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weitere Chancen und Risiken für die geschäftliche Entwicklung ergeben.

So könnte sich, insbesondere durch die steigenden Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, die Finanzmarktkrise erneut verschärfen mit Folgen für die Neugeschäftsvolumina und -margen im Aktiv- und Passivgeschäft. Ein schlechteres wirtschaftliches Umfeld würde entsprechend zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan

führen. Allerdings hat die Finanzmarktkrise bislang gezeigt, dass sich für die Rentenbank aufgrund ihrer hervorragenden Ratings und ihrer soliden Kapitalausstattung in schwierigen Situationen durchaus auch Chancen in Form attraktiver Refinanzierungsmöglichkeiten sowie hoher Margen im verbrieften Fördergeschäft und bei den allgemeinen Förderkrediten ergeben können.

Das andauernde Niedrigzinsumfeld, insbesondere bedingt durch die Geldpolitik der EZB, beeinflusst einerseits die Nachfrage des landwirtschaftlichen Sektors nach Programmkrediten. Andererseits belastet es das Ergebnis der Segmente „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“ und wirkt sich auf die Margen im „Fördergeschäft“ aus. Zusätzliche Maßnahmen der EZB im Rahmen des erweiterten Ankaufprogramms können hier zu einer weiteren Ergebnisbelastung infolge sinkender Anlagerenditen und Margen führen. Eine Veränderung des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, wäre aufgrund der oben genannten Faktoren sowohl mit Risiken als auch mit Chancen für die Rentenbank verbunden. Die möglichen konkreten Folgen hängen vom Ausmaß und der Geschwindigkeit der Zinsänderung sowie vom jeweiligen Segment und dem gewählten Beobachtungszeitraum ab.

In einigen Geld- und Kapitalmarktsegmenten haben sich inzwischen negative Zinsen herausgebildet. Dies kann aufgrund ökonomischer, rechtlicher oder technischer Rahmenbedingungen und Restriktionen zu zusätzlichen Risiken aber auch Chancen führen.

Für den Verwaltungsaufwand könnten sich zusätzliche belastende Faktoren aus weiteren, bisher noch nicht bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Dies würde sich auf IT- und Personalkosten auswirken. Zudem könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Verbesserungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden. Im Zuge der europäischen Harmonisierung der Bankenabgabe besteht derzeit noch Unklarheit bezüglich ihrer tatsächlichen Höhe im Geschäftsjahr 2016.

Je nach Veränderung der Marktparameter bestehen im Wesentlichen Risiken eines Bewertungsverlusts bei einer Ausweitung der Aktiv-Passivmarge am Markt und Chancen eines Bewertungsgewinns bei deren Einengung. Daneben gibt es verschiedenste Szenarien, die zu Chancen oder Risiken führen können.

Trotz der von der Rentenbank praktizierten, risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Jahresverlauf bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Geschäftspartnern bekannt werden. Dies kann Ratingverschlechterungen im Bestand nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial im Rahmen der Risikotragfähigkeit belasten.

Die weitergehende Berichterstattung zu den Risiken enthält der Abschnitt Risikobericht.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Das Zinsergebnis der drei Segmente lag im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres leicht über dem anteiligen Planwert. Das Fair Value- und Hedge-Ergebnis ist negativ insbesondere aufgrund der Credit-Spread-induzierte Wertänderungen bei eigenen Emissionen in Fremdwährung. Auf Basis der bisherigen Neugeschäftsabschlüsse und Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr ist der Vorstand zuversichtlich, das geplante Volumen im Fördergeschäft sowie die operativen Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2016 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategie und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Risikobericht

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Die Darstellungen im Risikobericht beziehen sich grundsätzlich auf den Konzern. Wesentliche institutsspezifische Besonderheiten der Rentenbank werden gesondert dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die Segmente Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Wesentliche Risiken des Konzerns werden in der Risikoinventur, in den Risikoindikatoren auf der Basis quantitativer und qualitativer Risikomerkmale für eine frühzeitige Risikoidentifizierung und in den Self Assessments

identifiziert. Eine weitere Identifizierung erfolgt im „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP), in den IKS-Schlüsselkontrollen sowie in der täglichen Überwachungstätigkeit. Die Risiken werden auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem (RMS) auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Vorstand hat dazu eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft, gegebenenfalls vom Vorstand angepasst und mit dem vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss erörtert.

Wesentlicher Bestandteil des RMS ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Es basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

Der Konzern ist ein von der EZB beaufsichtigtes Institut und unterliegt deshalb dem Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Die Rentenbank hat einen Sanierungsplan gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) erstellt und ihre Governance-Struktur und das Risikomanagement entsprechend erweitert. Die festgelegten Sanierungsindikatoren und ihre Schwellenwerte sowie die verbundenen Phasen des Governance- und Sanierungsprozesses sind wesentliche Elemente des Sanierungsplans. Die Sanierungsindikatoren erlauben es der Rentenbank, eine Krisensituation rechtzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Unter dem Risk Appetite Framework (RAF) definiert die Rentenbank die Rahmenbedingungen und Leitlinien hinsichtlich des Risikoappetits, die zentral in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie den dazugehörigen Teilstrategien dargestellt sind.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Fünf-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten setzt einen NPP voraus. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement. Ändern sich betriebliche Prozesse, IT-Systeme oder Strukturen wesentlich, werden bei diesen Anpassungsprozessen im Rahmen einer Auswirkungsanalyse die geplanten Veränderungen auch auf die Kontrollverfahren und Kontrollintensität analysiert.

Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen vermittelt das Risikohandbuch des Vorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern. Risikosteuerungsfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft („Markt“ im Sinne der MaRisk) sowie Sicherheiten & Beteiligungen (Risikokapitalfonds und Beteiligungen) im Rahmen der vorgegebenen Limite wahrgenommen. Im Rahmen des Risikokapitalfonds kann der Konzern Eigenmittel in Form von Beteiligungen durch Übernahme gesellschaftsrechtlicher Anteile, in Form von stillen Beteiligungen und in allen Formen von Mezzanine-Kapital, wie z. B. nachrangige Darlehen, herauslegen. Für die Risikocontrolling-Funktion zeichnen die beiden für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglieder verantwortlich. Ihnen sind die Bereiche Finanzen mit der Gruppe Risikocontrolling und Banken mit dem Referat Adressrisiken unterstellt. Beide Bereiche verantworten die Einrichtung des Limitsystems. Im Bereich Finanzen umfasst das Risikocontrolling die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken, die Regulierungs- und Reputationsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Die für die Rentenbank relevanten Compliance-Risiken zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass bei einer Nichtbeachtung der wesentlichen (bankaufsichts-)rechtlichen Regelungen und Vorgaben vor allem (Geld-)Strafen/Bußgelder, Schadensersatzansprüche und/oder die Nichtigkeit von Verträgen drohen, die das Vermögen der Rentenbank gefährden könnten. Die Compliance-Funktion der Rentenbank ist Teil des IKS und wirkt dabei in Zusammenarbeit mit den Organisationseinheiten darauf hin, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, zu vermeiden.

Sowohl der Vorstand als auch der vom Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss sowie der Risikoausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der MaRisk müssen umgehend der Vorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Führungskräfte schriftlich informiert werden. Der Vorstand leitet Informationen über wesentliche Risikoaspekte unverzüglich an den Verwaltungsrat weiter.

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Sie prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit der Aktivitäten und Prozesse sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des RMS bzw. des IKS.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand kann zusätzliche Prüfungen anordnen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die jeweiligen Vorsitzenden des Verwaltungs- und des Risikoausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Die Risiken werden grundsätzlich segmentübergreifend überwacht. Sofern sich die Überwachung nur auf einzelne Segmente beschränkt, ist dies in den Risikoarten dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Definition

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das abgeleitete Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Abgeleitete Länderrisiken unterteilen sich in Ländertransferrisiken und Redenominierungsrisiken. Das Ländertransferrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken seine Zins- und Tilgungszahlungen nicht fristgerecht leisten kann. Unter dem Redenominierungsrisiko versteht man die Gefahr, dass der Nominalwert einer Forderung auf eine andere Währung umgestellt wird. Bei Umstellung auf eine „weichere“ Währung unter Verwendung eines Fixkurses kann dies de facto eine Teilenteignung der Gläubiger bedeuten.

Strukturrisiken (beispielsweise Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlusts aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist weitgehend durch Gesetz und Satzung der Bank bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen.

Darüber hinaus können allgemeine Förderkreditgeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken bzw. Instituten und Finanzinstituten gemäß Artikel 4 CRR sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt bei dessen Hausbank.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung des Konzerns.

Unternehmensrisiken geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft ein. Im Jahr 2015 wurden weder hier noch im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen Verträge abgeschlossen.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft oder Treasury verantwortlich. Der Bereich Fördergeschäft schließt sämtliche Programmkredite ab. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namenspapieren sowie für den Abschluss von Direktkrediten im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts zuständig. Darüber hinaus ist er für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation

Die Bereiche Treasury sowie Fördergeschäft sind als Marktbereiche maßgeblich in die Prozesskette des allgemeinen und verbrieften Fördergeschäfts (Treasury) sowie der Programmkredite (Fördergeschäft) eingebunden. Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Als Marktfolge-Funktionen bezeichnete Aufgaben werden von den Bereichen Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen, verbrieftes Fördergeschäft wird von der Abteilung Operations Financial Markets abgewickelt. Der Bereich Banken gibt das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab und bearbeitet die Geschäftsabschlüsse bei allgemeinen Förderkrediten, der Bereich Sicherheiten & Beteiligungen bewertet die Sicherheiten und verwaltet die Zahlungswege. Diese beiden Bereiche sind auch für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten zuständig. In diesem Zusammenhang werden erforderliche Maßnahmen in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt bei den für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitgliedern.

Der Bereich Banken formuliert die Kreditrisikostategie im Konzern und ist für deren Umsetzung zuständig. Der Vorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie und berichtet bzw. erörtert diese mit dem Risikoausschuss des Verwaltungsrats. Darüber hinaus werden im Bereich Banken u. a. Kredit- und Länderrisiken analysiert. Geschäftspartner bzw. Geschäftsarten je Geschäftspartner werden in Rentenbank-spezifische Bonitätsklassen eingestuft, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko insgesamt laufend überwacht.

Die Risikosteuerung, -überwachung und -berichterstattung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftsbefogen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden, auf Länderebene und auf Ebene des Gesamtkreditportfolios. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung, Bonitätsbeurteilung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in die Zuständigkeit des Bereichs Banken. Durch die funktionale und organisatorische Trennung der Bereiche Banken, Finanzen und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die mit dem bankinternen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Bonitätseinstufungen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken und die internen Limite.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken nach einem intern festgelegten Risikoklassifizierungsverfahren vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten in eine der 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätseinstufung unserer Geschäftspartner wird mindestens jährlich auf der Grundlage einer Auswertung ihrer Jahresabschlüsse und der Analyse ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft. Hierbei fließen betriebswirtschaftliche Kennzahlen, qualitative Merkmale, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren ein, z. B. die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen. Das Länderrisiko wird als eine für die Bank relevante Bonitätskennzahl ebenfalls einbezogen. Bei bestimmten Produkten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die damit verbundenen Sicherheiten bzw. Deckungswerte als weiteres Kriterium berücksichtigt.

Sofern aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners bekannt werden, überprüft der Bereich Banken die Bonitätseinstufung und passt die internen Limite gegebenenfalls an. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Mithilfe statistischer Verfahren messen wir Kreditausfallrisiken und ordnen sie in das Bonitätsklassensystem der Rentenbank ein. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Ratingagenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten herangezogen. Über statistisch relevante eigene historische Daten verfügt der Konzern aufgrund einer in den letzten Jahrzehnten sehr geringen Anzahl von Ausfällen bzw. Kreditereignissen nicht. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird im Standardszenario ein auf die Limitinanspruchnahmen bezogener jährlicher potenzieller Ausfall ermittelt. Das Standardszenario wird um Stressszenarien ergänzt. Unter der Annahme von Bonitätsverschlechterungen, niedrigeren Wiedereinbringungsraten sowie höheren Ausfallwahrscheinlichkeiten schätzt der Konzern dabei bezogen auf die intern eingeräumten Limite einen jährlichen potenziellen Ausfall.

Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines weitestgehend durch Gesetz und Satzung vorgegeben Geschäftsmodells auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für das sektorale Konzentrationsrisiko wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) berücksichtigt.

Nach dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept weist der Konzern den Adressenausfallrisiken einen bestimmten Anteil des Risikodeckungspotenzials zu. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Neben den Stressszenarien, die vor allem länderspezifische Einflüsse berücksichtigen, die im „Going Concern-Ansatz“ mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen sind, wird im Rahmen eines weiteren Szenarios ein Risikowert für den Liquidationsansatz ermittelt. Die Methodik basiert auf dem Gordy-Modell, einem sogenannten Ein-Faktor-Modell. Darüber hinaus stellen zusätzliche Extremszenarien auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. Diese Extremszenarien werden in keinen Steuerungskreis einbezogen und deshalb auch nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf abzuleiten. Entsprechende Maßnahmen können beispielsweise die Reduzierung interner Limite oder eine verschärfte Risikoüberwachung umfassen. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

Limitierung und Reporting

Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der Geschäftsstrategie sowie mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Gruppen verbundener Kunden als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios.

Die Gesamtkreditobergrenze für alle Adressenausfalllimite sowie eine Blankoobergrenze werden vom Vorstand festgelegt und stellen damit Obergrenzen für die Einräumung von Adressenausfalllimiten dar. Die Angemessenheit der beiden Obergrenzen wird im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung von Risikopuffern überprüft. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite.

Ein Limitsystem steuert die Höhe und die Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die gegebenenfalls produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limiteinräumung dar. Daneben gibt es eine Gesamtobergrenze je Gruppe verbundener Kunden, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich gilt für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Beim verbrieften Fördergeschäft setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für die aus Marktpreisschwankungen resultierenden Adressenausfallrisiken. Dem für diesen Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Für derivative Geschäfte hat die Bank mit allen Kontrahenten Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Barsicherheiten in Euro zu besichern ist. Diese Barsicherheiten reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken.

Jeweils zum Quartalsende berichtet der Bereich Banken (Marktfolge) dem Vorstand und dem für den vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss nach den Vorgaben der MaRisk über die aktuelle Entwicklung der Adressenausfallrisiken im Rahmen des Gesamtrisikoberichts.

Aktuelle Risikosituation

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7:

	31.12.2015	31.12.2014	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 457,2	51 407,6	4 049,6
Forderungen an Kunden	6 380,9	5 530,3	850,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 298,8	1 600,7	- 301,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 238,9	5 958,4	1 280,5
Finanzanlagen	19 912,2	21 701,2	-1 789,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	841,7	195,3	646,4
Gesamt	91 129,7	86 393,5	4 736,2

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 7 238,9 Mio. EUR (5 958,4 Mio. EUR) die bilanziellen Buchwerte auf Einzelvertragsebene dar. Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Für derivative Finanzinstrumente bestehen mit allen Kontrahenten Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten errechnete sich zum 31.12.2015 ein maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7 für die derivativen Finanzinstrumente von 185,3 Mio. EUR (316,6 Mio. EUR).

Adressenausfallrisiko nach Bonitätsklassen:

31.12.2015

	AAA Mio. EUR	AA Mio. EUR	A Mio. EUR	BBB Mio. EUR	BB-B Mio. EUR	CCC-C Mio. EUR	DDD-D Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	16 327,4	2 172,3	28 309,1	8 635,2	0,0	13,2	0,0
Forderungen an Kunden	6 378,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	334,4	10,3	653,4	300,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6,0	619,3	4 627,7	1 897,5	88,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	12 479,9	3 224,8	2 974,9	1 088,6	144,0	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	120,0	6,9	408,3	306,5	0,0	0,0	0,0
Gesamt	35 646,0	6 033,6	36 973,4	12 228,5	232,4	13,2	2,6

31.12.2014

	AAA Mio. EUR	AA Mio. EUR	A Mio. EUR	BBB Mio. EUR	BB-B Mio. EUR	CCC-C Mio. EUR	D Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	13 231,9	5 105,4	28 779,1	4 275,5	15,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	5 508,6	0,0	13,0	8,3	0,0	0,0	0,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	364,2	90,1	939,1	207,3	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,3	2 447,7	3 163,4	340,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	11 251,2	5 794,4	2 420,5	1 882,0	353,1	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	195,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	30 558,5	13 437,6	35 315,1	6 713,1	368,8	0,0	0,4

Die Aggregation der Buchwerte bei den nächsten beiden Analysen erfolgt nach dem Sitzland bzw. auf Ebene des rechtlich selbstständigen Geschäftspartners ohne Berücksichtigung von Konzernzusammenhängen.

Risikokonzentration nach Ländergruppen:

31.12.2015

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	53 903,6	59,2	1 297,8	1,4	255,8	0,3
Forderungen an Kunden	6 350,9	7,0	30,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 292,6	1,4	6,2	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 491,5	1,6	5 747,4	6,3	0,0	0,0
Finanzanlagen	3 869,5	4,3	14 369,1	15,8	1 673,6	1,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	835,4	0,9	0,0	0,0	6,3	0,0
Gesamt	67 743,5	74,4	21 450,5	23,5	1 935,7	2,1

31.12.2014

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	49 526,0	57,4	1 881,5	2,2	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	5 500,3	6,4	30,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 595,3	1,8	5,4	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 301,0	1,5	4 338,2	5,0	319,2	0,4
Finanzanlagen	5 798,7	6,7	15 400,6	17,8	501,9	0,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	195,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	63 916,6	74,0	21 655,7	25,0	821,2	1,0

Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

31.12.2015

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 650,4	9,5	1 553,6	1,7	32 790,1	36,0
Forderungen an Kunden	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	228,9	0,3	6,2	0,0	625,4	0,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 078,2	1,2	4 982,4	5,5	244,3	0,3
Finanzanlagen	2 672,1	2,9	14 461,8	15,9	616,7	0,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	220,8	0,2	6,3	0,0	316,5	0,3
Gesamt	12 852,1	14,1	21 010,3	23,1	34 593,0	38,0

	Genossenschafts- banken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	12 463,1	13,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	6 379,2	7,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	438,3	0,5	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	168,4	0,2	765,6	0,8
Finanzanlagen	130,9	0,1	2 030,7	2,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	298,1	0,3	0,0	0,0
Gesamt	13 498,8	14,8	9 175,5	10,0

31.12.2014

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	7 075,5	8,2	1 881,6	2,2	31 232,6	36,2
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	285,6	0,3	5,4	0,0	748,6	0,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	863,8	1,0	3 901,5	4,5	228,6	0,3
Finanzanlagen	2 488,0	2,9	14 259,2	16,5	2 599,6	3,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	195,1	0,2
Gesamt	10 712,9	12,4	20 047,7	23,2	35 004,5	40,6

	Genossenschafts- banken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	11 217,9	13,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	5 530,3	6,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	561,1	0,6	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	207,4	0,2	757,1	0,9
Finanzanlagen	117,4	0,1	2 237,0	2,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,2	0,0
Gesamt	12 103,8	13,9	8 524,6	9,9

Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

31.12.2015

	Italien	Portugal	Spanien	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Staatsanleihen	319,6	79,9	93,2	492,7
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	448,4	94,2	1 381,8	1 924,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			4,7	4,7
Brutto-Engagement	768,0	174,1	1 479,7	2 421,8
Sicherheiten	377,6	94,2	1 381,7	1 853,5
Netto-Engagement	390,4	79,9	98,0	568,3

31.12.2014

	Italien	Portugal	Spanien	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Staatsanleihen	307,9	130,5	93,9	532,3
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	751,3	169,2	1 885,1	2 805,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			2,2	2,2
Brutto-Engagement	1 059,2	299,7	1 981,2	3 340,1
Sicherheiten	528,2	169,2	1 887,3	2 584,7
Netto-Engagement	531,0	130,5	93,9	755,4

Die Euro-Peripherie-Staaten werden vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung intensiv beobachtet.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht und wurden im Jahr 2015 auch nicht eingegangen. Die Erhöhung von Buchwerten ist daher ausschließlich auf die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts zurückzuführen. Bis auf Weiteres dürfen lediglich durch Barsicherheiten besicherte Derivate mit Kontrahenten aus Italien und Spanien abgeschlossen werden.

Die Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten sowie die Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken aus diesen Ländern sind folgenden Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
Available for Sale	308,0	299,7	1 823,4	2 484,5
Held to Maturity	144,1	195,2	0,0	117,5
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	20,7
Designated as at Fair Value	40,6	37,4	101,0	182,9
Gesamt	492,7	532,3	1 924,4	2 805,6

Risikovorsorge

Bei ausfallgefährdeten Engagements wird eine Risikovorsorge auf Einzelengagementebene gebildet. Dabei werden die Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Die Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs näher beschrieben.

Auf der Ebene des Jahresabschlusses der Rentenbank verringerte sich eine Einzelwertberichtigung von 5,0 Mio. EUR auf 2,4 Mio. EUR. Im Konzern besteht sie nicht, da das Engagement dort erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird. Im Berichtsjahr wurde eine weitere Einzelwertberichtigung auf Forderungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR nach HGB und von 2,2 Mio. EUR nach IFRS vorgenommen. Zum 31.12.2015 gab es somit zwei Einzelwertberichtigungen auf Institutsebene von 4,4 Mio. EUR und eine auf Konzernebene in Höhe von 2,2 Mio. EUR.

Für latente Kreditrisiken hat der Konzern eine Portfoliowertberichtigung von 16,3 Mio. EUR (14,7 Mio. EUR) auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts gebildet. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs beschrieben. Die Rentenbank hat im Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung von 16,2 Mio. EUR (13,9 Mio. EUR) bilanziert.

Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Höhe der Inanspruchnahme. Zum 31.12.2015 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall einschließlich eines pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. EUR für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor 67,7 Mio. EUR

(61,8 Mio. EUR). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf Bonitätsverschlechterungen einzelner Engagements sowie konservativere Modellannahmen zurückzuführen. Der Durchschnittswert des monatlich ermittelten potenziellen Ausfalls belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 64,7 Mio. EUR (62,7 Mio. EUR). Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich eine durchschnittliche Auslastung von 24,9 % (24,1 %). Die maximale Inanspruchnahme belief sich auf 67,7 Mio. EUR (70,8 Mio. EUR) und lag somit innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. EUR. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 63,3 Mio. EUR (61,7 Mio. EUR).

Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2015 belief sich der potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 81,0 Mio. EUR (71,5 Mio. EUR). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten um einen länderspezifischen Faktor – mindestens Verdopplung –, eine Verschlechterung der Bonität des Engagements um mindestens zwei Stufen sowie niedrigere Wiedereinbringungsraten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. Bei der Risikotragfähigkeitsrechnung wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung auf das Risikodeckungspotenzial herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 145,5 Mio. EUR (126,5 Mio. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist – parallel zum Standardszenario – auf Bonitätsverschlechterungen einzelner Engagements in den schlechteren Bonitätsklassen sowie konservativere Modellannahmen zurückzuführen.

Auch in den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle in den Stressszenarien ist ein pauschaler Risikobetrag für Konzentrationsrisiken im Bankensektor von 50,0 Mio. EUR enthalten.

Marktpreisrisiken

Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Den potenziellen Verlust ermittelt der Konzern auf Basis des Bestands und durch Veränderungen in den gegebenen Marktparametern.

Der Konzern unterscheidet zwischen Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken und in Form von IFRS-Bewertungsrisiken.

Zinsänderungsrisiken bestehen in geringem Umfang bei offenen Festzinspositionen. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind Marktzinsen sowie Höhe und Laufzeit der offenen

Position. Das Risiko realisiert sich im Operativen Ergebnis, bei Schließung der offenen Positionen.

IFRS-Bewertungsrisiken sind bei den nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Grundgeschäften und den dazugehörigen Sicherungsgeschäften gegeben. Die potenziellen Risiken durch die Bewertungspflicht nach IFRS werden als unrealisierte Ergebnisse im Posten Fair Value- und Hedge-Ergebnis dargestellt. Das Marktpreisrisiko aus der IFRS-Bewertung realisiert sich, falls die Buy-and-Hold-Strategie durchbrochen würde bzw. ein Geschäftspartner ausfiele. Bei Ausfall eines Derivatepartners sind Barsicherheiten zu berücksichtigen. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung und in den regulatorischen Eigenmitteln berücksichtigt. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsverluste aus den eigenen Emissionen über Prudential Filter neutralisiert.

Offene Währungspositionen entstehen, wenn überhaupt, nur in Form von Abrechnungsspitzen und dann nur in geringem Umfang. Veränderungen von Wechselkursen führen allerdings bei der Umrechnung der Barwerte von Fremdwährungsbeständen in Euro, zu Bewertungseffekten.

Organisation

Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr. 85 und 86 CRR.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen. Der Bereich Treasury steuert das Zinsänderungsrisiko. Das Risikocontrolling im Bereich Finanzen quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt die Berichte. Die Abteilung Operations Financial Markets und der Bereich Banken kontrollieren die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko weitestgehend, indem er Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen. Die Effektivität der Mikro-Beziehungen wird durch Bewertungseinheiten täglich überwacht. Diese ökonomischen Mikro- oder Makro-Beziehungen werden nach IFRS entsprechend als bilanzielle Sicherungszusammenhänge berücksichtigt.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Ertragserzielung durch das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist kein strategisches Ziel der Rentenbank.

Da Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund ihrer teilweise geringen Volumenhöhe nicht zeitgleich effizient absicherbar sind, entstehen Fristentransformationsergebnisse aus kurzfristig offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken ermittelt der Konzern täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten.

Auf Gesamtbankebene erfolgt diese Untersuchung zusätzlich quartalsweise für alle zinssensitiven Positionen des Konzerns mit einem barwertorientierten Modell. Kreditinstitute haben regelmäßig die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung auf ihre offenen Positionen im Anlagebuch zu ermitteln und diese der Aufsicht zu melden. Die quartalsweise durchgeführte Zinsänderungsanalyse untersucht stichtagsbezogen, ob eine negative Veränderung des Barwerts 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen segmentübergreifend auf alle Finanzinstrumente durchgeführt. Bei dieser Messung wird das Eigenkapital jedoch nicht als dauerhaft zur Verfügung stehender Posten berücksichtigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen wird sensitivitätsbasiert gemessen und darf die durch Beschluss des Vorstands festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet.

IFRS-Bewertungsrisiken

Marktparameteränderungen bei Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads, Credit-Spreads, Währungskursen sowie anderen Preisen wirken sich auf die zu bewertenden Finanzinstrumente aus. Bilanzgeschäfte sind mit entsprechenden Sicherungsgeschäften gegen Zins- und Währungsrisiken abgesichert. Um die ökonomischen Sicherungsbeziehungen abzubilden, sind die Grundgeschäfte in Fremdwährung grundsätzlich der Fair Value Option zuzuordnen. Dadurch werden sowohl die Sicherungsinstrumente als auch die Grundgeschäfte zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertung mit den genannten Marktparametern führt trotz einer ökonomisch perfekten Sicherungsbeziehung zu erheblichen Ergebnisschwankungen.

Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der IFRS-Bewertungsrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse auf das Risikodeckungspotenzial angerechnet.

Standardszenarien

Im Standardszenario werden bestimmte Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zinssensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven berechnet

und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt. Dabei wird unterstellt, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % die prognostizierten Wertveränderungen aufgrund des Szenarios nicht überschritten werden.

Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird eine Parallelverschiebung der Zinskurve analog zum Standardszenario untersucht.

Für die Ermittlung der IFRS-Bewertungsrisiken wird eine Erhöhung der Basisswap-Spreads, Währungskurse und anderer Preise sowie eine Reduzierung der CCY-Basisswap-Spreads und der Credit-Spreads unterstellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Dabei wird unterstellt, dass die prognostizierten Risikowerte mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden.

Risikopuffer

Zur Abbildung von Modellrisiken wird ein Risikopuffer für die Standardszenarien und Stressszenarien ermittelt. Dieser umfasst auch das Ertragsrisiko aus offenen CCY-Basisswaps.

Limitierung und Reporting

Dem Marktpreisrisiko im Standardszenario sind ein Risikodeckungspotenzial in Höhe des Risikolimits von 19 Mio. EUR (13 Mio. EUR) sowie ein Risikopuffer von 7,0 Mio. EUR (0,0 Mio. EUR) zugewiesen. Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet. Der Konzern informiert quartalsweise den Prüfungs- und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats über die Ergebnisse der Risikoanalysen.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ täglich überprüft.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen werden quartalsweise mit dem barwertorientierten Modell zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene validiert.

Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Annahmen und Marktparameter der Standard- und Stressszenarien validiert und angepasst. Die Anpassungen in den Standard- und Stressszenarien sind im Folgenden dargestellt.

Standardszenarien

Zum 31.12.2015 ergab sich ein Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ von 10,4 Mio. EUR (1,6 Mio. EUR) bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um 40 Basispunkte (BP) (differenzierte Verschiebung um overnight 20 BP, 6 Monate 20 BP, 12 Monate 20 BP und linear steigend bis 15 Jahre 40 BP) und damit eine Ausnutzung des Risikolimits von 54,7 % (12,3 %). Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2015 betrug 3,2 Mio. EUR (1,2 Mio. EUR) bzw. 20,4 % (6,5 %). Im Berichtsjahr lagen der maximale Risikowert bei 10,5 Mio. EUR (5,2 Mio. EUR) und der minimale bei 0,0 Mio. EUR (0,02 Mio. EUR). In den Jahren 2015 und 2014 wurden die Limite eingehalten. Aufgrund der Anpassung des Standardszenarios im Rahmen der Validierung 2015 wurde auch das Risikolimit um 6 Mio. EUR auf 19 Mio. EUR (13 Mio. EUR) erhöht. Der neu eingeführte Risikopuffer betrug 7,0 Mio. EUR.

Stressszenarien

Das Risiko in den Stressszenarien für das Zinsänderungsrisiko wird in den Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven parallel um 60 BP verschoben (differenzierte Verschiebung der Zinskurven um overnight 30 BP, 6 Monate 30 BP, 12 Monate 30 BP und linear steigend bis 15 Jahre 60 BP). Zum Berichtsstichtag ergab sich ein Risikowert von 15,4 Mio. EUR (2,5 Mio. EUR).

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei einem parallelen Anstieg der Basisswap-Spreads um 10 BP (11 BP) und einer Ausweitung des IBOR-OIS-Spreads um 79 BP (75 BP) 215,7 Mio. EUR (199,8 Mio. EUR).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen wird eine Verminderung des CCY-Basisswap-Spreads von 109 BP (Erhöhung um 124 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich eine Sensitivität von -1 336,0 Mio. EUR (1 209,3 Mio. EUR).

Die Credit-Spreads basieren u. a. auf der Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), auf der Besicherung von Produkten sowie auf marktspezifischen

Parametern (z. B. Liquidität, Staatsanleihspreeds, Arbitragemöglichkeiten). Für die Messung der Sensitivität wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von -89 BP (Erhöhung um 102 BP) für Aktiv- und -118 BP (Erhöhung um 109 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Der Risikowert betrug 1 508,7 Mio. EUR (-1 013,6 Mio. EUR).

Der potenzielle Bewertungsverlust bei einer Erhöhung der Swaption Volatilitäten um 118 BP (9 BP) lag bei 12,3 Mio. EUR (1,7 Mio. EUR) und bei einer Erhöhung der Cap/Floor Volatilitäten um 237 BP (49 BP) bei 0,6 Mio. EUR (1,6 Mio. EUR).

Für die Umrechnung der Positionen von Fremdwährung in Euro bei einer Veränderung der Wechselkurse um 44 % (Vorjahr absolut 104 BP) ergab sich ein Risikowert von 97,9 Mio. EUR (1,7 Mio. EUR).

Den Risikopuffer erhöhten wir auf 14,5 Mio. EUR (6,0 Mio. EUR).

Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Entsprechend dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (BA) wurden plötzliche und unerwartete Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP simuliert. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 417,0 Mio. EUR (415,1 Mio. EUR). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 11,4 % (12,0 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2015 und 2014 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

Fremdwährungsrisiken

In keiner Währung war 2015 und 2014 ein materielles Risiko festzustellen. Die Fremdwährungsnominalbestände gliederten sich wie folgt:

31.12.2015

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	CAD	NOK	Sonstige	Gesamt
Aktiva									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	688,9	50,3	2 272,5	0,0	765,2	224,2	0,0	223,3	4 224,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	30 187,3	9 949,2	2 536,1	2 235,8	1 190,4	838,2	958,0	1 985,9	49 880,9
Summe Aktiva	30 876,3	9 999,5	4 808,6	2 235,8	1 955,6	1 062,4	958,0	2 209,2	54 105,4
Passiva									
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten geg. Kunden	96,4	0,0	13,6	13,2	0,0	0,0	0,0	38,1	161,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	29 820,7	9 949,2	2 521,9	2 222,6	1 190,6	838,2	958,0	1 642,0	49 143,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	381,5	381,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	959,1	50,3	2 273,1	0,0	765,0	224,2	0,0	147,6	4 419,3
Summe Passiva	30 876,2	9 999,5	4 808,6	2 235,8	1 955,6	1 062,4	958,0	2 209,2	54 105,3
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

31.12.2014

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	CAD	NOK	Sonstige	Gesamt
Aktiva									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	49,9	0,0	0,0	0,0	50,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	707,1	50,6	1 410,0	0,0	47,4	241,0	0,0	194,5	2 650,6
Positive Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	26 264,3	9 450,7	2 159,8	1 694,7	1 363,9	880,3	1 410,1	2 069,8	45 293,6
Summe Aktiva	26 971,5	9 501,3	3 569,8	1 694,7	1 461,2	1 121,3	1 410,1	2 264,3	47 994,2
Passiva									
Verbindlich- keiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlich- keiten geg. Kunden	111,2	0,0	12,8	0,0	0,0	0,0	0,0	34,4	158,4
Verbriefte Verbindlich- keiten	25 976,3	9 450,7	2 147,0	1 694,7	1 363,9	880,3	1 410,1	1 759,9	44 682,9
Nachrangige Verbindlich- keiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	344,3	344,3
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	883,9	50,6	1 410,0	0,0	97,3	241,0	0,0	125,7	2 808,5
Summe Passiva	26 971,4	9 501,3	3 569,8	1 694,7	1 461,2	1 121,3	1 410,1	2 264,3	47 994,1
Netto-Währungs- position	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

Liquiditätsrisiken

Definition

Das Liquiditätsrisiko sieht der Konzern als das Risiko, seinen gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko sieht der Konzern insbesondere als das Risiko, Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußern zu können. Das Marktliquiditätsrisiko wirkt sich potenziell negativ auf das Liquiditätsrisiko aus.

Steuerung und Überwachung

Die offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes, an den Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank orientiertes Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsposition und die Auslastung der Limite täglich und informiert den Vorstand und den Bereich Treasury.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Platzierungen und Offenmarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Schuldscheine, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Begrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken bis zu einem Monat darf der kalkulatorische Liquiditätsbedarf den Bestand an liquiden Aktiva entsprechend der Liquidity Coverage Ratio (LCR) nicht übersteigen. Zwischen einem Monat und zwei Jahren wird der kalkulatorische Liquiditätsbedarf auf das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial begrenzt. Der Konzern hält gemäß den Regelungen der MaRisk ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vor, um den kurzfristigen Refinanzierungsbedarf für mindestens eine Woche zu überbrücken und einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden darüber hinaus die Kapitalzu- und -abflüsse über zwei Jahre bis fünfzehn Jahre quartalsweise kumuliert und fortgeschrieben. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen ein vom Vorstand festgelegtes negatives Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsposition werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept statt mit Risikodeckungspotenzial mit Liquiditätsdeckungspotenzial bzw. liquiden Aktiva unterlegt. Der Konzern verfügt über ausreichende liquide Mittel und kann sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings und seines Status als Bundesinstitut jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt beschaffen. Bei Marktstörungen erfolgt dies auch im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft in Form von echten Wertpapier-Pensionsgeschäften) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren).

Besonderheit: Rentenbank als Emittent LCR-fähiger Anleihen

Die von der Rentenbank begebenen Anleihen sind in der EU als „liquide Aktiva“ entsprechend der LCR eingestuft. Auch in anderen Rechtsräumen (z. B. USA und Kanada)

können Anleihen der Rentenbank als hochliquide Aktiva gehalten werden. Hieraus ergeben sich für die Rentenbank besondere Handlungsmöglichkeiten im Liquiditätsnotfall.

Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte des Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das kumulierte Eintreten von Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

Liquiditätskennziffern nach der Liquiditätsverordnung

Gemäß Liquiditätsverordnung werden die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen täglich für die verschiedenen zahlungswirksamen bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsarten ermittelt. Diese werden nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben gewichtet und ins Verhältnis gesetzt. Ferner werden diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2015 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,40 und 3,65 (2,71 und 4,38) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Liquiditätskennziffern nach der CRR

Die Liquiditätskennziffern LCR und Net Stable Funding Ratio (NSFR) dienen dazu, das Liquiditätsrisiko zu begrenzen. Ziel ist es, Banken in die Lage zu versetzen, auch in Stressphasen – durch das Vorhalten eines Liquiditätspuffers und einer stabilen Refinanzierung – liquide zu bleiben. Die LCR, das Verhältnis hochliquider Aktiva zu den Nettoliquiditätsabflüssen, muss seit Oktober 2015 mindestens eine Quote von 0,6 erfüllen. Danach steigen die Anforderungen jedes Jahr sukzessive bis 2018 auf eine Quote von 1,0. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Das Verhältnis aus verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen soll mindestens 100 % betragen. Über die Einführung der NSFR ab dem Jahr 2018 wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Die Mindestquote der LCR und die derzeit erwartete Mindestquote der NSFR wurden im Berichtsjahr 2015 eingehalten.

Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die mittel- und langfristige Liquidität, die

Ergebnisse der Szenarioanalysen, die Liquiditätskennziffern LCR und NSFR sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Prüfungsausschuss und Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden hierüber quartalsweise informiert.

Aktuelle Risikosituation

Grundsätzlich achtet die Rentenbank darauf, ihr Kreditgeschäft weitgehend laufzeitkongruent zu refinanzieren. Damit werden die Liquiditätsrisiken gering gehalten. Aufgrund der Triple-A-Ratings und des Status als Bundesinstitut bestehen außerdem kurzfristige Refinanzierungsmöglichkeiten am Geld- und Kapitalmarkt. Zusätzlich hält die Bank Liquiditätsbestände. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe des frei verfügbaren Refinanzierungspotenzials beschafft werden. Dieses deckte stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren ab.

Das Limit für den mittel- und langfristigen Liquiditätsbedarf wurde in den Geschäftsjahren 2015 und 2014 stets eingehalten.

Stressszenarien

Auch in Bezug auf die Liquiditätsrisiken führt die Rentenbank Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigten zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt nachkommen kann.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken entstehen infolge nicht funktionierender oder fehlerhafter Systeme, Prozesse, aus Fehlverhalten von Personen oder aus externen Ereignissen. Dazu zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

Organisation

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, die an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Der Bereich Recht & Personal steuert und überwacht das Rechtsrisiko. Er berichtet sowohl anlassbezogen als auch turnusmäßig im Rahmen halbjährlicher Berichte über laufende oder drohende Rechtsstreitigkeiten dem Vorstand. Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern durch den weitgehenden Einsatz von standardisierten Verträgen. Die Abteilung Recht wird hierzu frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, wesentliche Vorhaben sind mit dem Bereich Recht & Personal abzustimmen. Externe Juristen im In- und Ausland mandatiert und steuert ausschließlich der Bereich Recht & Personal. Rechtsstreitigkeiten werden unverzüglich in der Schadensfalldatenbank erfasst und mit einem Risikoindikator für eine frühzeitige Risikoidentifizierung überwacht.

Darüber hinaus hat die Rentenbank eine Compliance-Funktion und eine zentrale Stelle für die Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen eingerichtet. Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25h KWG werden Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und organisatorische Maßnahmen abgeleitet, um die Risikoprävention zu optimieren. Hierzu analysiert der Konzern auch, ob generelle und institutsspezifische Anforderungen an eine wirksame Organisation eingehalten werden.

Die mit Auslagerungen verbundenen Risiken sind unter den operationellen Risiken erfasst. Die Bank hat für Auslagerungen ein dezentrales Monitoring implementiert. Dieses umfasst auch die Risikosteuerung und -überwachung. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Auslagerungen unterschieden. Bei wesentlichen Auslagerungen gelten besondere Anforderungen, insbesondere an die Auslagerungsverträge, den Turnus der Risikoanalysen und an die Berichterstattung.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) benannt. Ein Informationssicherheitsmanagements-System (ISMS) ist implementiert. Der ISB überwacht die Einhaltung der im ISMS getroffenen Vorgaben bzw. Anforderungen, um die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der informationsverarbeitenden und -lagernden Systeme sicherzustellen. Bei allen kritischen IT-Störfällen wird der ISB eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise hinsichtlich der Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts mit einem an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden auf Basis des Geschäftsumfangs festgelegt.

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-Beauftragten. Das Risikocontrolling analysiert und aggregiert die Schadensfälle und entwickelt das Instrumentarium methodisch weiter.

Ferner führt die Bank Self-Assessments in Form von Workshops durch. Dabei werden mindestens jährlich in den für das Geschäftsmodell der Rentenbank bedeutenden Geschäftsprozessen wesentliche operationelle Risikoszenarien analysiert und bewertet. Aspekte der Betrugsprävention werden berücksichtigt. Erkannte wesentliche operationelle Risiken werden durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil des Konzerns reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste für alle wesentlichen Risikoarten definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden.

Limitierung und Reporting

Für die operationellen Risiken wird das Limit anhand des modifizierten aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatzes abgeleitet. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Führungskreis I, den Vorstand, den Prüfungsausschuss sowie den Risikoausschuss des Verwaltungsrats.

Aktuelle Risikosituation

Der Risikowert für das operationelle Risiko im Standardszenario betrug am Stichtag 24,6 Mio. EUR (27,2 Mio. EUR). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 49,2 Mio. EUR (54,5 Mio. EUR) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden vier bedeutende Schadensereignisse (ab 5 Tsd. EUR) in der Schadensfalldatenbank mit einem potenziellen Nettoverlust von 1 466 Tsd. EUR erfasst. Im Vorjahr gab es drei bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken in Summe mit einem Nettoverlust von 68 Tsd. EUR, der sich im Geschäftsjahr 2015 auf 35 Tsd. EUR reduzierte.

Alle Risikoindikatoren blieben zum Berichtsstichtag unter den festgelegten Schwellenwerten.

Regulierungs- und Reputationsrisiken

Definition

Das Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt und regulatorische Anforderungen nur unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken. Sie können u.a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden.

Steuerung und Überwachung

Im Konzern ist u. a. der ART, in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür zuständig, Regulierungsrisiken frühzeitig zu erkennen und zu steuern.

Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft, vor allem die Refinanzierung und auf die Marge, negativ auswirken. Der staatliche Förderauftrag der Rentenbank und die besondere Haftung des Bundes spielen bei der Vergabe der Triple-A-Ratings eine maßgebliche Rolle. Daher sind Regulierungs- und Reputationsrisiken vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Neben den monatlichen Soll-Ist-Abgleichen in der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Risiken auch über die Einträge in der Schadensfalldatenbank und in Self-Assessments überwacht. Potenzielle Schadensereignisse weisen eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, aber eine potenziell hohe Schadenssumme auf.

Limitierung und Reporting

Der Konzern ermittelt das Limit für Regulierungs- und Reputationsrisiken auf Basis eines Ertrags Szenarios. Hierbei werden für den Konzern negative Auswirkungen bestimmter Risikoszenarien, z. B. Rückgang des Neugeschäfts oder Margenrückgang, unter der Annahme von Eintrittswahrscheinlichkeiten ermittelt und beurteilt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Führungskreis I, den Vorstand, den Prüfungsausschuss sowie den Risikoausschuss des Verwaltungsrats.

Aktuelle Risikosituation

Der Risikowert für Regulierungs- und Reputationsrisiken im Standardszenario betrug zum Stichtag 22,2 Mio. EUR, im Stressszenario 44,5 Mio. EUR.

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum ebenso wie im Vorjahr nicht ein.

Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis-, operationellen Risiken sowie den Regulierungs- und Reputationsrisiken des Konzerns in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien einem Anteil des Risikodeckungspotenzials gegenübergestellt.

Die Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet, sondern durch das freie Refinanzierungspotenzial bzw. liquiden Aktiva begrenzt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Nach Abzug der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtlichen Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial müssen noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die Risiken aus den konservativ festgesetzten Stressszenarien (Wahrscheinlichkeit von 99 %, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird) abdecken zu können. Der aufsichtsrechtliche Eigenmittelbedarf wurde auf Basis einer harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) von 12,0 % entsprechend der Warnschwelle des Sanierungsplans ermittelt.

Risikodeckungspotenzial

Mit dem Risikodeckungspotenzial werden erwartete und unerwartete Verluste unterlegt. Es leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Das Risikodeckungspotenzial 1 unterlegt dabei die Risiken aus den Standardszenarien, das Risikodeckungspotenzial 2 die Risiken aus den Stressszenarien.

Das Risikodeckungspotenzial stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verfügbares Betriebsergebnis	187,8	205,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	156,2	103,0
Risikodeckungspotenzial 1	344,0	308,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 118,9	947,3
Eigenbonitätseffekt und DVA	- 0,1	0,0
Neubewertungsrücklage	61,6	112,5
Stille Lasten in Wertpapieren	- 3,7	0,0
Risikodeckungspotenzial 2	1 520,7	1 367,8
Gewinnrücklagen (anteilig)	2 200,0	1 995,8
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
Risikodeckungspotenzial 3	3 855,7	3 498,6

Das verfügbare Betriebsergebnis in Höhe von 188 Mio. EUR (205 Mio. EUR) leitet sich aus dem IFRS-Planergebnis ab. Aufgrund der gestiegenen regulatorischen Anforderungen im „Going Concern-Ansatz“ hat der Konzern die anteiligen Gewinnrücklagen im Risikodeckungspotenzial 3 erhöht.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials 1 auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko sowie Regulierungs- und Reputationsrisiko stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	260,0	75,6	260,0	84,4
Marktpreisrisiko	26,0	7,5	13,0	4,2
Operationelles Risiko	35,0	10,2	35,0	11,4
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	23,0	6,7	-	-
Gesamtrisiko	344,0	100,0	308,0	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	344,0	100,0	308,0	100,0

Regulierungs- und Reputationsrisiko wurden im Berichtsjahr erstmals mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Risikodeckungspotenzial 2 fungiert als Globallimit und wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt.

Risikoszenarien

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Standard- und Stressszenarien analysiert. Gemäß den ausgewählten Szenarien ermittelt der Konzern über Sensitivitätsanalysen Risikowerte für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken.

Standardszenarien

In den Standardszenarien werden Kreditausfälle, mögliche Marktpreisänderungen sowie der Eintritt bedeutender operationeller, Regulierungs- und Reputationsschäden angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird dem Risikodeckungspotenzial 1 gegenübergestellt. Der mögliche Verlust aus den Standardszenarien soll das verfügbare Betriebsergebnis zuzüglich eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht übersteigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die angenommene Wahrscheinlichkeit, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird, beträgt in den Standardszenarien für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken 95 %. Die Risiken werden täglich überwacht.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials zeigt folgende Tabelle:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	67,7	51,3	61,8	68,2
Marktpreisrisiko	17,4	13,2	1,6	1,8
Operationelles Risiko	24,6	18,7	27,2	30,0
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	22,2	16,8	-	-
Gesamtrisiko	131,9	100,0	90,6	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	344,0		308,0	
Auslastung		38,3		29,4

Für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor ist ein pauschaler Risikobetrag in Höhe von 50 Mio. EUR in den Szenarien für Adressenausfallrisiken enthalten. Zur Abbildung der Modellrisiken wird erstmals ein Risikopuffer in den Standardszenarien der Marktpreisrisiken von 7 Mio. EUR vorgehalten. Dieser umfasst auch das Ertragsrisiko aus offenen CCY-Basiswaps.

Die Warnmarke (Risikoappetit) von jeweils 80 % des Risikodeckungspotenzials 1 für die Risiken der Standardszenarien wurde 2015 und 2014 nicht überschritten.

Stressszenarien

Mit den Stressszenarien analysiert der Konzern die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen. Für das Adressenausfallrisiko werden hierzu innerhalb des Gesamtkreditportfolios eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Geschäftspartnerlimite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Die Stressszenarien der Marktpreisrisiken umfassen eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven und eine Veränderung der

- Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung,
- Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen,
- Credit-Spreads,
- Swaption-Volatilitäten,
- Cap/Floor-Volatilitäten,
- Wechselkurse.

Für operationelle Risiken sowie für Regulierungs- und Reputationsrisiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhen unterstellt.

Es wird von einer Wahrscheinlichkeit von 99 % ausgegangen, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken, Regulierungs- und Reputationsrisiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den IFRS-Bewertungsrisiken, werden Korrelationseffekte risikomindernd berücksichtigt.

Die folgenden Tabellen stellen die Risikowerte der Marktpreisrisiken nach Risikoarten unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die kalkulatorische Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	145,5	18,9	126,5	21,7
Marktpreisrisiko	529,1	68,9	403,0	69,0
Operationelles Risiko	49,2	6,4	54,5	9,3
Regulierungs- und Reputationsrisiko	44,5	5,8	-	-
Gesamtrisiko	768,3	100,0	584,0	100,0
Risikodeckungspotenzial 2	1 520,7		1 367,8	
Auslastung		50,5		42,7

	Stressszenarien			
	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiken)	15,4	2,9	2,5	0,6
Marktpreisrisiko (IFRS-Bewertungsrisiken)	499,2	94,4	394,5	97,9
<i>davon CCY-Basiswap-Spreads</i>	<i>-1 336,0</i>		<i>1 203,3</i>	
<i>davon Basiswap-Spreads</i>	<i>215,7</i>		<i>199,8</i>	
<i>davon Credit-Spreads</i>	<i>1 508,7</i>		<i>-1 013,6</i>	
<i>davon Cap/Floor Volatilitäten</i>	<i>0,6</i>		<i>1,6</i>	
<i>davon Swaption Volatilitäten</i>	<i>12,3</i>		<i>1,7</i>	
<i>davon Währungsumrechnung</i>	<i>97,9</i>		<i>1,7</i>	
Marktpreisrisiko (Risikopuffer)	14,5	2,7	6,0	1,5

Die Warnmarke von jeweils 80 % des Risikodeckungspotenzials 2 für die Risiken der Stressszenarien wurde 2015 ebenso wie im Vorjahr nicht überschritten.

„Going Concern-Ansatz“

Nach Abzug von aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial muss noch genügend Kapital vorhanden sein, um die Risiken aus den Stressszenarien abdecken zu können. Dieses Kapital entspricht dem Risikodeckungspotenzial 2.

Nach der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten stand zum Berichtsstichtag ausreichend Risikodeckungspotenzial 2 zur Verfügung, um die Risikowerte aus den Stressszenarien zu unterlegen.

In der Fünf-Jahres-Planung vom 31.12.2015 wird nach Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ebenfalls noch genügend Kapital für die Unterlegung der Stressszenarien im „Going Concern-Ansatz“ bereitgestellt.

Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ beobachtet.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken. Liquidationsszenarien mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle, Regulierungs- und Reputationsrisiken simuliert. Die Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert.

Die Liquidationsszenarien für Adressenausfall- und Marktpreisrisiken werden mit der höheren Wahrscheinlichkeit von 99,9 % unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Für operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken wird im Liquidationsszenario gegenüber dem Standardszenario eine Vervierfachung des Risikowerts unterstellt.

Um Risiken aus den Liquidationsszenarien mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen, wird das maximal zur Abdeckung einsetzbare Risikodeckungspotenzial bestimmt. Es werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares Betriebsergebnis) berücksichtigt. Stille Reserven und stille Lasten fließen dagegen vollständig ein.

Der in den Liquidationsszenarien ermittelte potenzielle Ausfall soll das Risikodeckungspotenzial nicht überschreiten. Dieser Steuerungskreis dient vorrangig dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren. Aus der Beobachtung dieses Steuerungskreises ergaben sich keine Adjustierungen für den Steuerungskreis „Going Concern-Ansatz“. Die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ war in den Jahren 2015 und 2014 gegeben.

Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken werden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust in Höhe des Risikodeckungspotenzials. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2015 und 2014 nicht gefährdet.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten

Der Konzern nutzt nach Artikel 6 Abs. 1 CRR auf Einzelinstitutsebene entsprechend Artikel 7 Abs. 3 CRR die „Waiver-Regelung“. Die anrechenbaren Eigenmittel und die Risikoaktiva werden gemäß IFRS dargestellt. Sowohl die Gesamtkapitalquote als auch die harte Kernkapitalquote lagen mit 23,2 % (19,3 %) bzw. 20,2 % (16,4 %) weiterhin über den regulatorischen Anforderungen. Darüber hinaus erfüllt die Rentenbank die Mindestkernkapitalquote CET 1 gemäß SREP.

Rechnungslegungsprozess

Aufgabe des Rechnungslegungsprozesses ist die Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Jahres- und Konzernabschlüsse.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden IFRS und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln aufgestellt. Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Die Regelungen werden in Handbüchern und Arbeitsanweisungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche, regulatorische und prozessuale Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ stellt die rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Organisationseinheiten sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen und anerkannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der Rentenbank einbezogen. Für den gesamten Prozess inklusive der Konsolidierungsmaßnahmen gelten das Vier-Augen-Prinzip sowie Plausibilitäts- und Konsistenzprüfungspflichten.

In der Finanzbuchhaltung wird eine eigenentwickelte Finanzsoftware eingesetzt. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermeiden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im

Finanzsystem sicherstellen, Fehler zeitnah zu entdecken und zu korrigieren. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem werden diese bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite

	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,1		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		21,1		28,9
darunter:			21,2	29,0
bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 21,1 (i. Vj. Mio. EUR 28,9)				
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2,4		1,0
b) andere Forderungen		55 680,0		51 458,3
			55 682,4	51 459,3
3. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)				
Kommunalkredite Mio. EUR 5 205,2 (i. Vj. Mio. EUR 4 688,2)			5 304,4	4 938,6
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	1 131,7			1 277,1
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 1 014,3 (i. Vj. Mio. EUR 1 174,7)				
ab) von anderen Emittenten	16 889,9	18 021,6		18 540,5
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 14 326,5 (i. Vj. Mio. EUR 17 041,5)				
b) eigene Schuldverschreibungen		280,5		353,8
Nennbetrag Mio. EUR 361,5 (i. Vj. Mio. EUR 415,2)			18 302,1	20 171,4
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,1	0,1
6. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. EUR 321,9 (i. Vj. Mio. EUR -, -)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)			326,2	4,2
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)			49,6	0,0
8. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. EUR 113,4 (i. Vj. Mio. EUR 110,7)			113,4	110,7
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			12,6	13,1
10. Sachanlagen			15,7	15,9
11. Sonstige Vermögensgegenstände			2 955,1	2 612,0
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		881,7		586,1
b) andere		191,2		173,4
			1 072,9	759,5
Summe der Aktiva			83 855,7	80 113,8

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

			Passivseite	
			31.12.2014	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		0,1		1,0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>3 461,6</u>		<u>2 805,6</u>
			3 461,7	2 806,6
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		208,0		69,0
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>3 755,3</u>		<u>4 195,8</u>
			3 963,3	4 264,8
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			67 304,9	65 843,8
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. EUR 113,4 (i. Vj. Mio. EUR 110,7)			113,4	110,7
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2 762,7	1 532,2
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		190,5		172,5
b) andere		<u>922,9</u>		<u>600,1</u>
			1 113,4	772,6
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		108,4		99,5
b) andere Rückstellungen		<u>349,5</u>		<u>336,8</u>
			457,9	436,3
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			608,4	599,2
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken			2 911,2	2 632,0
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	921,0			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	23,1			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	<u>42,7</u>	986,8		921,0
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	45,8			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	<u>23,1</u>	22,7		45,8
c) Bilanzgewinn		<u>14,3</u>		13,8
			1 158,8	1 115,6
Summe der Passiva			83 855,7	80 113,8
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1,3	1,6
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			866,5	975,5

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

Aufwendungen

	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	2014 Mio. EUR
1. Zinsaufwendungen			3 495,0	3 292,7
2. Provisionsaufwendungen			2,4	1,8
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24,1			23,0
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützungen	<u>4,7</u>			<u>7,0</u>
darunter:		28,8		30,0
für Altersversorgung Mio. EUR 1,6 (Vj. Mio. EUR 4,1)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>24,9</u>		<u>21,0</u>
			53,7	51,0
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			6,1	5,6
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			20,8	14,0
6. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			279,2	194,7
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			0,1	0,1
8. Jahresüberschuss			57,0	55,0
Summe der Aufwendungen			3 914,3	3 614,9
1. Jahresüberschuss			57,0	55,0
2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			23,1	21,6
3. Einstellungen in die Gewinnrücklage in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank aus der Deckungsrücklage aus dem Jahresüberschuss			23,1 42,7	21,6 41,2
4. Bilanzgewinn			14,3	13,8

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

			Erträge
	Mio. EUR	Mio. EUR	2014 Mio. EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3 250,9		3 022,2
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>555,5</u>		<u>581,1</u>
		3 806,4	3 603,3
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0		0,0
b) Beteiligungen	<u>50,3</u>		<u>0,4</u>
		50,3	0,4
3. Provisionserträge		0,2	0,2
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1,3	4,3
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		51,6	2,7
6. Sonstige betriebliche Erträge		4,5	4,0
Summe der Erträge		3 914,3	3 614,9

Anhang für das Geschäftsjahr 2015

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main (im Folgenden: Rentenbank), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet. Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien aus Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Zahlungen) werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit zeitanteilig aufgelöst. Zero-Bonds werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen wendet die Bank ein auf internen Ratings basierendes Expected Loss-Verfahren an.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 5 HGB) bewertet. Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß § 1 Abs. 35 KWG n.F. i.V.m. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 86 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wertaufholungen werden vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte werden unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter der Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten verdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G mit Vollanpassung 2011 von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Im Rahmen der Berechnung zum 31. Dezember 2015 wurden die folgenden Parameter zugrunde gelegt:

	2015	2014
Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB	3,89 % p.a.	4,55 % p.a.
Karrieretrend	1,00 % p.a.	1,00 % p.a.
Dynamik der anrechenbaren Bezüge	2,25 % p.a.	2,25 % p.a.
Rententrends (Bandbreite der Anpassung)	1,0–2,25 % p.a.	1,0–2,25 % p.a.
Fluktuation	durchschnittlich 2,00 % p.a.	durchschnittlich 2,00 % p.a.
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen	2,50 % p.a.	2,50 % p.a.

Rückstellungen für Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Die vor der BilMoG-Anwendung gebildeten Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite werden unter der Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Zur Berechnung eines etwaigen rückstellungspflichtigen Betrages im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs wurde ein periodischer (GuV-orientierter) Ansatz verwendet. Das Bankbuch umfasst alle zinstragenden Geschäfte der Bank und wird einheitlich gesteuert.

Zur Berechnung wurden die zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs durch die Ergebnisbeiträge der geschlossenen und offenen Zinspositionen bestimmt.

Die Diskontierungen dieser zukünftigen Zahlungsströme erfolgten jeweils auf Basis allgemein anerkannter fristenadäquater Geld- und Kapitalmarktsätze zum Abschlussstichtag. Die Risikokosten wurden auf der Grundlage zukünftig erwarteter Verluste berechnet und die anteiligen Verwaltungskosten für die Bestandsverwaltung auf Basis interner Auswertungen angesetzt. Als Ergebnis aus der Berechnung ergab sich zum 31. Dezember 2015 kein Rückstellungsbedarf.

Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet. Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein.

Die Währungsumrechnung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt gemäß § 340h i.V.m. § 256a HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und der Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Latente Steuern gem. § 274 HGB sind demnach im Jahresabschluss der Rentenbank nicht zu bilden.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015 erfolgte bezüglich der Zuführung zur Hauptrücklage vorbehaltlich des Beschlusses des Verwaltungsrats.

Die Rentenbank stellt unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, einen Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, gemäß § 315a HGB auf.

Angaben zur Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen erfolgen nach der Reihenfolge der Bilanzposten. Unterschiedsbeträge zum Bilanzausweis ergeben sich aus der Darstellung ohne anteilige Zinsen.

Aktiva		31.12.2015	31.12.2014
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 2:	Forderungen an Kreditinstitute		
	Gliederung des Unterpostens b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	2 249	1 853
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	7 443	5 626
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	23 687	23 648
	• mehr als fünf Jahre	21 446	19 448
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	54 825	50 575
Pos. 3:	Forderungen an Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Forderungen an Beteiligungsunternehmen	0	0
	• Forderungen an verbundene Unternehmen	-	144
	Gliederung dieses Bilanzpostens nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	69	57
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	291	791
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 251	1 480
	• mehr als fünf Jahre	3 514	2 472
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	5 125	4 800
	Forderungen an Kunden mit unbestimmter Restlaufzeit i.S.d. § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV bestehen nicht.		
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	Von den sämtlich börsenfähigen Wertpapieren sind:		
	• börsennotiert	17 682	19 487
	• nicht börsennotiert	329	383
	Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 18 011 Mio. EUR (31.12.2014: 19 870 Mio. EUR) zugeordnet. Diese werden nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der dauerhaften Anlageabsicht wird bei einer voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung von einer Abwertung auf den beizulegenden Wert abgesehen. Insbesondere wird keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist und mit der vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit gerechnet wird. Der Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, beträgt 1 630 Mio. EUR. Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 1 614 Mio. EUR. Zur Ermittlung dieses Betrags wurden Börsen- oder Marktpreise herangezogen. Die vermiedenen Abschreibungen betragen demnach 16 Mio. EUR (31.12.2014: 1 Mio. EUR). Dauerhafte Wertminderungen lagen für die Wertpapiere des Anlagevermögens nicht vor.		

Aktiva		31.12.2015	31.12.2014
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
	• von öffentlichen Emittenten	15	350
	• von anderen Emittenten	3 358	4 892
Pos. 5:	Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6 und 7:	Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8:	Treuhandvermögen		
	Hierin sind enthalten:		
	• Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	113	110
	• Forderungen an Kreditinstitute	0	1
Pos. 9:	Immaterielle Anlagewerte		
	Hierin sind enthalten:		
	• entgeltlich erworbene Software und Lizenzen	13	13
Pos. 10:	Sachanlagen		
	Hierin sind enthalten:		
	• eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	0	0
	• fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude	15	15
	• Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1
Pos. 11:	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Hierin sind enthalten:		
	gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	2 930	2 564
Pos. 12:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	633	368
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB	249	218
	• Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften	190	172

Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio. EUR	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Zu- schrei- bungen	Kumu- lierte Ab- schrei- bungen	Buch- wert 31.12.15	Buch- wert 31.12.14	Ab- schrei- bungen 2015
Immaterielle Anlagewerte	22	5	0	-	14	13	13	5
Sachanlagen	33	1	0	-	18	16	16	1
Wertpapiere des Anlagevermögens	19 883	3 779	5 349	2	13	18 302	19 870	-
Beteiligungen	4	322	-	-	0	326	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen*	50	-	-	50	50	50	0	-

*) Im Vorjahr wurden die historischen Anschaffungskosten durch die Inanspruchnahme der Erleichterungsmöglichkeit des Art. 31 Abs. 6 EGHGB in der Fassung von 1992 in Höhe von Mio. EUR 27 ausgewiesen.

Passiva		31.12.2015	31.12.2014
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 1:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	322	-
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	325	360
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	880	940
	• mehr als fünf Jahre	1 190	785
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	2 717	2 085
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	77	200
Pos. 2:	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	1	0
	• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	134	3
	Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	143	80
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	293	149
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 421	1 309
	• mehr als fünf Jahre	1 763	2 521
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	3 620	4 059
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	377	716
Pos. 3:	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	a) begebene Schuldverschreibungen		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	15 195	12 959
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	36 149	36 413
	• mehr als fünf Jahre	15 407	15 895
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	66 751	65 267
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	0	0

Passiva		31.12.2015	31.12.2014
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 4:	Treuhandverbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten aus dem Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	113	110
	• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	1
Pos. 5:	Sonstige Verbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	2 756	1 525
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	2 756	1 525
Pos. 6:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	3	2
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB	187	170
	• Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften	899	578
Pos. 8:	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	-	-
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	134	132
	• mehr als fünf Jahre	474	467
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	608	599

Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 608 Mio. EUR (Vorjahr: 599 Mio. EUR) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Die Nachrangbedingungen der Schuldscheindarlehen erfüllen die Voraussetzungen nach Art. 63 CRR. Nachrangverbindlichkeiten in Form von Inhaberpapieren mit Globalurkunden und in Form von Loan Agreements entsprechen nicht den Anforderungen nach Art. 63 lit. k) und l) CRR.

Angaben nach § 35 Abs. 3 Nr. 2 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrags der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

1. Anleihe über nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert: 158 Mio. EUR;
Fälligkeit: 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung: 2,8 %
2. Anleihe über nominal 10 Mrd. JPY; Buchwert: 62 Mio. EUR;
Fälligkeit: 28.10.2019; Zinssatz vor Sicherung: 2,0 %
3. Anleihe über nominal 100 Mio. EUR; Buchwert: 100 Mio. EUR;
Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,003 %
4. Anleihe über nominal 100 Mio. EUR; Buchwert: 100 Mio. EUR;
Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,033 %

Angaben unter dem Strich		31.12.2015	31.12.2014
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 1:	Eventualverbindlichkeiten		
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausfallbürgschaften • Verbürgung von Sicherheitsleistungen <p>Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Mit der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften ist nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.</p>	1	2
		0	0
Pos. 2:	Andere Verpflichtungen		
	Der Rückgang der unwiderruflichen Kreditzusagen um 108 Mio. EUR auf den Gesamtbestand in Höhe von 867 Mio. EUR ist auf geringere offene unwiderrufliche Zusagen im Programmkreditgeschäft zurückzuführen. Die Kreditzusagen werden überwiegend im Jahr 2016 in Anspruch genommen.		
Fremdwährung			
	Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögensgegenstände • Schulden 	4 393	3 137
		50 054	45 494
Deckungsrechnung			
	Die im Umlauf befindlichen deckungspflichtigen Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus Namensschuldverschreibungen.	454	916
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen an Kreditinstitute 	920	1 278

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen und Erträge

Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgte abzüglich positiver Zinsen aus Geldmarktverbindlichkeiten und erhaltenen Barsicherheiten in Höhe von 3,7 Mio. EUR (aufwandsmindernd); der Ausweis der Zinserträge aus gestellten Barsicherheiten sowie Kredit- und Geldmarktgeschäften erfolgte abzüglich negativer Zinsen in Höhe von 5,5 Mio. EUR (ertragsmindernd). Auf eine weitere Untergliederung der GuV-Posten wurde aus Materialitätsgründen verzichtet.

Die Zinsaufwendungen für die Bildung der Rückstellungen für die Zinsunterdeckung der Programmkredite beliefen sich in 2015 auf 77,2 Mio. EUR (Vorjahr: 72,3 Mio. EUR). Die Zinserträge enthalten den zeitanteiligen Verbrauch der entsprechenden Rückstellungen in Höhe von 82,1 Mio. EUR (Vorjahr: 79,0 Mio. EUR). Im Zinsaufwand werden Effekte aus der Aufzinsung dieser Rückstellungen in Höhe von 14,3 Mio. EUR (Vorjahr: 12,6 Mio. EUR) ausgewiesen.

Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Pos. 5: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten:		
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	13	8
• Kapitalzuweisung Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft	3	3
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	2	-
• Zuführung Rückstellung für schwebenden Rechtsstreit	1	-
• Zuführung Rückstellung wegen Abwicklungskosten Beteiligungen	0	1
Pos. 6: Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Erträge enthalten:		
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	2	2
• sonstige Erstattungen	1	1
• sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen	1	1

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 2,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 0,6 Tsd. EUR) enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 10,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 20,9 Tsd. EUR) ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende und absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen. Den Bewertungsmodellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde. Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinnten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (DCF - Discounted Cashflow Method) ermittelt. Für alle Derivate werden zur Diskontierung neben der OIS-Kurve (Overnight-Interest-Rate-Swap) zusätzlich sogenannte Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von externen Marktdatenanbietern bezogen. Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio. EUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2015
Zinsrisiken				
Zinsswaps	102 250	94 783	1 919	5 017
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	672	500	45	2
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	958	963	-	9
Sonstige Zinstermingeschäfte	-	-	-	-
Zinsrisiken – gesamt –	103 208	95 746	1 919	5 026

Mio. EUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2015
Währungsrisiken				
Zins-Währungsswaps	50 133	42 432	5 202	2 126
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	46	48	9	0
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	-	7	-	-
Währungsswaps	3 541	5 608	111	1
Währungsrisiken – gesamt –	53 674	48 040	5 313	2 127
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienindex-Swaps	30	30	7	0
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	30	30	7	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	30	30	7	0
Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken	156 912	143 816	7 239	7 153

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte Mio. EUR	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.15	31.12.14	31.12.15	31.12.14	31.12.15	31.12.14
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	4 981	1 955	7 671	7 773	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	11 318	10 663	5 450	3 591	30	-
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	51 041	52 947	25 827	27 480	-	30
• mehr als fünf Jahre	35 868	30 181	14 726	9 196	-	-
Gesamt	103 208	95 746	53 674	48 040	30	30

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. EUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2015
Banken in der OECD	139 144	126 844	6 470	6 296
Sonstige Kontrahenten in der OECD	17 768	16 972	769	857
Gesamt	156 912	143 816	7 239	7 153

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, werden bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen.

Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. In der Bilanz erfolgt die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels Währungsbewertungseinheiten gemäß § 254 HGB. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die sogenannte Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird die „Critical Term Match/Short Cut Method“ herangezogen, bei der die Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen korrespondierender Grundgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich für den Zeitraum bis zum Ende der jeweiligen Laufzeiten aus. Zum Bilanzstichtag waren Grundgeschäfte wie folgt in Bewertungseinheiten zusammengefasst:

Bilanzposten	Buchwert in Mio. EUR		Abgesichertes Risiko
	2015	2014	
Forderungen an Kreditinstitute	-	44	Währung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 690	2 442	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	136	144	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	45 893	43 024	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	328	320	Währung

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge des Vorstands der Bank 2 109 Tsd. EUR (Vorjahr: 1 727 Tsd. EUR). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 festgesetzt:

Angaben in Tsd. EUR	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	530	235	41	806
Dr. Horst Reinhardt	530	235	26	791
Imke Ettori	400	100	12	512

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2015 insgesamt 15 855 Tsd. EUR (Vorjahr: 15 176 Tsd. EUR) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1 235 Tsd. EUR (Vorjahr: 1 207 Tsd. EUR) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats nahmen im Geschäftsjahr 2015 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der Vergütungsregelung erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30 Tsd. EUR, sein Stellvertreter 20 Tsd. EUR und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10 Tsd. EUR jährliche Grundvergütung. Hinzu treten je Ausschussmitgliedschaft eine Vergütung von 2 Tsd. EUR bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4 Tsd. EUR. Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 293 Tsd. EUR (Vorjahr: 291 Tsd. EUR, jeweils mit Umsatzsteuer).

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgeführt (jeweils ohne Umsatzsteuer):

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2015	2014	2015 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Joachim Rukwied	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	42,0	42,0
Christian Schmidt ¹	01.01. - 31.12.	17.02. - 31.12.	22,0	19,0
Dr. Klaus Stein	01.01. - 30.11.	01.01. - 31.12.	16,2	17,0
Georg Fahrenschon	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Udo Folgart	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	12,3
Dr. Robert Kloos	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Bernhard Krüsken	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Michael Reuther	01.01. - 31.12.	04.07. - 31.12.	14,0	7,0
Dr. Caroline Toffel	01.01. - 31.12.	06.11. - 31.12.	12,3	2,0
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2015	2014	2015	2014
			Tsd. EUR	Tsd. EUR
Harald Schaum	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	11,5
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Norbert Schindler	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Helmut Brunner	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Prof. Matthias Stauch	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Jörg Vogelsänger	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Konrad Weiterer	01.01. - 31.12.	04.07. - 31.12.	10,0	5,0
Dr. Hans-Peter Friedrich ²	-	01.01. - 17.02.	-	2,8
Dr. Werner Hildenbrand	-	01.01. - 04.07.	-	5,0
Wolfgang Kirsch	-	01.01. - 30.06.	-	8,0
Klaus-Peter Müller	-	01.01. - 04.07.	-	7,0
Gesamtvergütung			262,5	258,6

¹) Direkte Spende an den Verein Cadolzheimer Burgfestspiele e.V. und Verein zur Förderung der Weiterbildung im LandFrauenverband Schleswig-Holstein e.V.

²) Direkte Spende an Diakoniewerk Martinsberg e.V. und Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V.

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nach § 267 Abs. 5 HGB

Personalbestand	2015			2014		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	135	83	218	133	82	215
Teilzeitbeschäftigte	5	45	50	6	39	45
Insgesamt	140	128	268	139	121	260

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

	Eigenkapital Mio. EUR 31.12.2015	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio. EUR 2015
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	122,4	100,0	+113,2
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	7,2*	25,1	-0,2*
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	11,2	100,0	-0,3
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	114,0*	6,3	+49,5*

*) 31.12.2014

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100 % der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, diese finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Konzernanhang enthalten.

Die Entsprechenserklärung des Vorstands und des Verwaltungsrats zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht sind auf der Internetseite der Rentenbank sowie im Bundesanzeiger verfügbar und können darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der Rentenbank wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrats)
Dr. Horst Reinhardt	VR-LEASING AG, Eschborn (Mitglied des Aufsichtsrats)
Lothar Kuhfahl	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrats)

Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

Vorstand

Dr. Horst Reinhardt (Sprecher), Dipl.-Volkswirt, MBA
Hans Bernhardt, Dipl.-Kaufmann
Imke Etori, Dipl.-Kauffrau

Verwaltungsrat

Vorsitzender:

Joachim Rukwied

Präsident des Deutschen
Bauernverbands e.V., Berlin

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Christian Schmidt, MdB

Bundesminister für Ernährung und
Landwirtschaft, Berlin

Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Udo Folgart

Präsident des Landesbauernverbands
Brandenburg e.V., Teltow/Ruhlsdorf

Brigitte Scherb

Präsidentin des Deutschen Land-
Frauenverbands e.V., Berlin

Werner Hilse

Präsident des Landvolk Nieder-
sachsen-Landesbauernverbands e.V.,
Hannover

Norbert Schindler, MdB

Ehrenpräsident des Bauern- und
Winzerverbands Rheinland-Pfalz
Süd e.V., Berlin
(bis 31.12.2015)

Bernhard Krüsken

Generalsekretär des Deutschen
Bauernverbands e.V., Berlin

Werner Schwarz

Präsident des Schleswig-
Holsteinischen Bauernverbands e. V.,
Rendsburg
(ab 01.01.2016)

Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Manfred Nüssel

Präsident des Deutschen Raiffeisen-
verbands e.V., Berlin

Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Konrad Weiterer

Präsident des Bundesverbands
der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.,
Berlin

Landwirtschaftsminister der Länder:

Bayern:

Helmut Brunner, MdL

Staatsminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München
(bis 31.12.2015)

Baden-Württemberg:

Wolfgang Reimer

Amtschef des Ministeriums für Ländlichen
Raum und Verbraucherschutz, Stuttgart
(ab 01.01.2016)

Brandenburg:

Jörg Vogelsänger

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt
und Landwirtschaft, Potsdam
(bis 31.12.2015)

Hamburg:

Dr. Rolf Bösingher

Staatsrat der Behörde für Wirtschaft,
Verkehr und Innovation, Hamburg
(ab 01.01.2016)

Bremen:

Prof. Matthias Stauch

Staatsrat beim Senator für Justiz und
Verfassung, Bremen
(bis 31.12.2015)

Thüringen:

Birgit Keller

Ministerin für Infrastruktur und
Landwirtschaft, Erfurt
(ab 01.01.2016)

Vertreter der Gewerkschaften:

Harald Schaum

Stv. Bundesvorsitzender der IG
Bauen-Agrar-Umwelt,
Frankfurt am Main

Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:

Dr. Robert Kloos

Staatssekretär, Berlin

Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:

Dr. Klaus Stein

Ministerialdirigent, Berlin

(bis 30.11.2015)

Dr. Marcus Pleyer

Ministerialdirigent, Berlin

(ab 21.12.2015)

Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:

Georg Fahrenschoen

Präsident des Deutschen

Sparkassen- und Giroverbands e.V.,

Berlin

Michael Reuther

Mitglied des Vorstands der

Commerzbank AG,

Frankfurt am Main

Dr. Caroline Toffel

Mitglied des Vorstands der

Kieler Volksbank eG, Kiel

Frankfurt am Main, den 16. März 2016

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

Imke Etori

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 16. März 2016

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK
Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

Imke Etori

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungs-handlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 17. März 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard
Wirtschaftsprüfer

Liebermann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2015 sind durch die KPMG AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht wurden zum 31. Dezember 2015 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die KPMG AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von den Prüfungsergebnissen zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive des ergänzenden zusammengefassten Lageberichts sowie den Geschäftsbericht 2015 für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss mit dem zusammengefassten Lagebericht 2015 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend den zusammengefassten Lagebericht 2015.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 23 110 000 EUR entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 57 000 000 EUR werden 42 750 000 EUR der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von 14 250 000 EUR in der Weise zu verwenden, dass 7 125 000 EUR dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt werden und 7 125 000 EUR dem Förderungsfonds zufließen.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Berlin, den 07. April 2016

DER VERWALTUNGSRAT
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende
Joachim Rukwied

Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0
Telefax 069 2107-6444
office@rentenbank.de
www.rentenbank.de